

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfspaltige Petizelle oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 71.

Sonnabend, den 23. März 1912.

19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Die Wehrevorlagen.

Der Schleier des Geheimnisses, der bisher über den Wehrevorlagen lagerte, ist gelüftet worden; die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlichte am Freitagabend den wesentlichsten Inhalt der Vorlagen, die für die nächsten Wochen den Mittelpunkt des politischen Interesses darstellen werden. Es sei gleich vorweggenommen, daß die schlimmsten Erwartungen, die man gehegt hat, durch die Vorlage noch erheblich übertroffen werden. Die Verstärkung der Landarmee besteht eines Teils in der Erhöhung der Präsenzstärke, andernteils in einer weiteren Ausbildung der Organisation. Das Friedenspräsenzgesetz von 1911 verteilte die damals genehmigten Forderungen auf einen Zeitraum von fünf Jahren und zwar so, daß in den beiden letzten Jahren der größte Teil der Ausgaben gemacht werden sollte. Das neue Gesetz will nun, daß die damals bewilligten Truppenformationen, die in den Jahren 1914 und 1915 aufgestellt werden sollten, bereits am 1. Oktober 1912 vollständig aufgestellt werden. Die damalige Militärvorlage versuchte man dem Reichstag wie den Steuerzahlern damit schmuckhaft zu machen, daß die Heeresverwaltung versicherte, mit der Annahme der Vorlage sei der Bedarf auf Jahre hinaus gedeckt und außerdem seien die Ausgaben so verteilt, daß sie kaum besonders spürbar werden könnten. Von sozialdemokratischer Seite war diesen Angaben von vornherein keinerlei Glaube beigemessen worden, und der Kriegsminister tat sehr entrüstet, daß an der Aufrichtigkeit der Heeresverwaltung auch nur der leiseste Zweifel geübt werden konnte. Schon nach etwas mehr als Jahresfrist zeigte sich, daß das Mißtrauen der Sozialdemokraten voll auf berechtigt war. Neben der Beschränkung der Militärvorlage vom Jahre 1911 erfolgt nun eine wesentliche Erhöhung der damals festgelegten Friedenspräsenzstärke. Es werden zwei neue preussische Armeekorps, unter Verwendung zweier bereits vorhandener dritter Divisionen aufgestellt. Außerdem wird an der Westgrenze eine siebente Armee-Inspektion errichtet. Für die Regimenter, die nur zwei Bataillone haben, werden 14 neue Bataillone angefordert, die übrigen fehlenden dritten Bataillone werden wahrscheinlich dadurch geschaffen, daß von den anderen Regimentern eine Anzahl Leute weggenommen werden. Außerdem wird in Sachsen ein neues Infanterieregiment aufgestellt. Der Entwurf sieht weiter vor ein weiteres Pionierbataillon, Ergänzungen der Verkehrstruppe, Aufstellung einer Fliegertruppe und Erhöhung des Stabs bei einer großen Anzahl Infanterie-Bataillone und Feldartillerie-Ableitungen. In Preußen wird ein neues Kavallerie-Regiment zu fünf Schwadronen aufgestellt und auch in Bayern ist eine Verstärkung der Kavallerie in Aussicht genommen. Die letzte Militärvorlage hat für jedes Infanterie-Regiment eine Maschinen-gewehrkompanie gebracht. Die sozialdemokratischen Redner zur Militärvorlage, die Abgg. Stücklen und Koske, haben damals sofort darauf hingewiesen, daß es bloß eine Frage der Zeit sei, bis auch für die anderen Infanterie-Regimenter eine solche Maschinen-gewehrkompanie angefordert werde. Unsere Genossen hatten richtig prophezeit, denn die neue Militärvorlage verlangt in der Tat für jedes Infanterie-Regiment eine Maschinen-gewehrkompanie und bringt damit den Etat der Infanterie-Regimenter von 12 auf 13 Kompanien. Gegenüber der Friedensstärke, die für 1911 festgelegt wurde, bringt das neue Gesetz eine Erhöhung von 29000 Mann ohne die Unteroffiziere. Neben dieser Vermehrung der Armee sind über den eigentlichen Bedarf hinaus noch eine große Anzahl Offiziersstellen vorgesehen, um für den Ernstfall genügend Kräfte zur Verfügung zu haben. Das sind die Forderungen, die auf dem Gebiete des Heeres als dringend notwendig bezeichnet werden. So ganz nebenbei wird dann bemerkt:

„Endlich besteht die Absicht, gleichzeitig mit der Heeresvorlage eine Erhöhung der Mannschaftslöhne vorzuschlagen.“

Die Erhöhung der Mannschaftslöhne ist eine alte sozialdemokratische Forderung, die bisher stets an dem Widerstand der bürgerlichen Parteien gescheitert ist. Wenn nun hier gesagt wird: es bestehe die Absicht, so geht daraus hervor, daß die Heeresverwaltung auf die Erhöhung der Mannschaftslöhne ein entscheidendes Gewicht nicht legt. Wenn der Reichstag sie ablehnen sollte, dann wird die Heeresverwaltung diesem ablehnenden Beschluß nicht im Wege stehen.

Die Kosten der Heeresvorlage allein betragen

214 Millionen Mark.

Diese Ausgaben sind auf drei Jahre verteilt. Für die Marine wird ein neues aktives Geschwader — das dritte — verlangt. Zur Aufstellung dieses Geschwaders wird ein Teil der vorhandenen Material-Reserve, im ganzen 12 Schiffe, verwendet. Fünf neue Schiffe müssen hinzugebaut werden. Neben dieser Vermehrung der Schiffe ist eine ganz erhebliche Vermehrung des Personals in Aussicht genommen. Diese Vermehrung beträgt bis zum Jahre 1920 pro Jahr 75 Offiziere und 1600 Mann, also bis zum Jahre 1920 eine Vermehrung der Besatzung um mehr als 13 000 Mann. Die Kosten für diese Verstärkung der Flotte betragen bis zum Jahre 1916

124 Millionen Mark.

Die gesamten Kosten der Wehrevorlagen beziffern sich also auf nicht weniger als

338 Millionen Mark,

die in der Hauptsache auf die Jahre 1912, 1913 und 1914 verteilt werden.

Zur Deckungsfrage sagt die „Nordd. Allgemeine Zeitung“:

„Zur Deckung der neuen Ausgaben soll unter Wahrung der Grundzüge für die Schuldentilgung nach den Vorschlägen des Reichsschatzamtes ein Teil der Überschüsse des Jahres 1911 verwendet werden, während der Rest auf die laufenden Einnahmen und die Mehreinnahme aus der beabsichtigten Änderung der Branntweinsteuererhebung verwiesen wird.“

Aus der Aufhebung der Liebesgabe werden der Reichskasse pro Jahr 40 Millionen Mark zufließen. Die Ausgaben für die Wehrevorlagen sind wie folgt vorgesehen:

1912 auf	97 Millionen Mark;
1913	127
1914	114

Demnach müßten 57, 87 und 74 Millionen Mk. in den nächsten 3 Jahren aus den Überschüssen des Reiches, die eigentlich zur Schuldentilgung bestimmt waren, zur Deckung der Kosten der Wehrevorlagen verwendet werden. Mit der Ausbringung dieser Mittel ist es aber nicht getan, denn die in jedem Jahre wiederkehrenden, an sich schon steigenden Ausgaben für Heer und Marine werden ganz gewaltig in die Höhe geschraubt, und wenn beim Sinken der Konjunktur die Überschüsse des Reiches sich in das Gegenteil verwandeln sollten, dann steht das Reich vor einer ungeheuer schwierigen finanziellen Situation, die nur dadurch überwunden werden kann, daß neue Steuern eingeführt werden. Darüber ist sich die Regierung zweifellos klar, sie will jetzt die Wehrevorlagen durchbringen und den Steuerzahlern sagen, daß sie zu besonderen Leistungen nicht herangezogen werden, in wenigen Jahren aber werden sich neue Steuern, aus den eben angeordneten Gründen, notwendig machen und dann wird den Steuerzahlern gesagt werden, Heer und Marine seien nun einmal in diesem Umfange vorhanden, und es sei vaterländische Pflicht, auch die Mittel zur Erhaltung aufzubringen.

Aber die Vorlage selber wird in ihren Einzelheiten erst noch zu reden sein, wenn die Begründung für diese ungeheuerliche Ausgeburt des Rüstungswahns vorliegt.

Zur Regierungskrise

läßt sich die „Post“ von einer, wie sie sagt „vorzüglich unterrichteten“ Seite schreiben, daß die Meldungen über Unstimmigkeiten und bevorstehende Veränderungen in den höchsten Regierungsämtern, trotz beharrlicher amtlicher Leugnung, einen tatsächlichen Hintergrund haben; allerdings von einer „akuten Kanzlerkrise“, die den unmittelbaren bevorstehenden Rücktritt Bethmann-Hollwegs und seine Ersetzung durch Tirpitz im Gefolge haben, könne keine Rede sein:

„Wenn man überhaupt von einer Kanzlerkrise sprechen will, so muß man den Begriff doch erheblich weiter fassen.“

Es kann nicht in Abrede gestellt werden, daß die Stellung des Kanzlers in der kaiserlichen Gunst nicht mehr so fest und unerschütterlich ist, wie sie es noch bei Abschluß des deutsch-französischen Marokkovortrags war. Der jämmerliche Ausfall der Reichstagswahl hat den Kaiser ziemlich peinlich berührt, und der Kanzler hat nicht vermocht, den Eindruck gänzlich zu vermindern, daß die Regierung an dem Ausfall der Wahl doch nicht ganz unschuldig sein könne. Diese Auffassung ist dann durch das politische Chaos verstärkt worden, welches nach den Wahlen und nach dem Zusammentritt des Reichstages bei uns Platz gegriffen hat, und das schlechterdings nicht zu überbieten ist. Schließlich haben auch einige mehr persönliche Fragen zu dieser Entwicklung der Dinge beigetragen, zu denen man vielleicht auch die Art und Weise rechnen kann, wie Herr von Bethmann-Hollweg die ihm anvertrauten gewordenen

Mitarbeiter zu beseitigen für gut befand. Das alles hat zusammengewirkt, um die Stellung des Kanzlers, wenn auch nicht unhaltbar zu machen, so doch nicht wenig zu erschüttern. Wenn trotzdem von einer akuten Kanzlerkrise nicht gesprochen werden kann, so liegt das vor allem daran, daß für eine solche der unmittelbare äußere Anlaß fehlt, und daß die Frage der Reichsoberaufsicht eine so schwierige ist. Unter den höheren Reichsbeamten befindet sich tatsächlich niemand, dem eine besondere Eignung für diesen durch die Sünden der Vorgänger außerordentlich schwierig gewordenen Posten nachgerühmt werden kann, und die Ernennung des Staatssekretärs v. Tirpitz zum Reichskanzler, die an sich viele Gründe für sich haben würde, kann schon aus der einfachen Ermägung heraus für ausgeschlossen gelten, daß Herr v. Tirpitz als Kanzler ein Programm bedeuten würde, das auf die deutsch-englischen Beziehungen doch manche bedeutenden Rückwirkungen zu zeitigen vermöchte.

Sind die Gerüchte über eine bestehende Kanzlerkrise zurzeit also gegenstandslos, so dürften sie in der Tat ihr Ziel treffen, wenn sie von einem in näherer Zeit bevorstehenden Rücktritt des Staatssekretärs des Außen sprechen. Herr v. Kiderlen-Wächter trät sich nicht erst seit gestern mit der Absicht, aus seinem Amte zu scheiden, sondern er ist im Laufe des Winters schon mehrere Male drauf und dran gewesen, seine Entlassung aus dem Staatssekretariat nachzusuchen.

Es wird dann ausgeführt, daß Kiderlen-Wächter nie besonders fest in der Gunst des Kaisers gestanden habe und daß auch seine Beziehungen zum Reichskanzler nicht immer ungetrübt waren. Der Kanzler betrachtete das Gebiet der auswärtigen Politik als eine Domäne, deren Bewirtschaftung seiner „Staatskunst“ bedürfe. Besonders die Frage der deutsch-englischen Beziehungen werde vom Reichskanzler als Stiefkinder geritten, und die in dieser Hinsicht geführten Verhandlungen haben „teilweise unter einer ziemlich brüskten Umgehung des Staatssekretärs“ stattgefunden. Das alles hätte Kiderlen-Wächter amtsmüde werden lassen. Inwieweit auch das Schicksal des Herrn Wermuth mitbestimmend auf die Rücktrittsabsichten gewirkt habe, könne dahingestellt bleiben, aber dessen Behandlung habe weit über die Kreise der höheren beamteten Persönlichkeiten hinaus eine tiefgehende Verstimmung gegen den Kanzler erzeugt.

An maßgebender Stelle werde man sich mit dem Rücktritt des Staatssekretärs umso eher befremden, als man in Berlin mit einer bedrohlichen Zuspitzung der türkisch-russischen Beziehungen in der nächsten Zeit rechne und deswegen den jetzigen Gesandten in Konstantinopel durch einen Mann ersetzen wolle, der den Balkan aus langjähriger Erfahrung kenne. Der Mitarbeiter der „Post“ glaubt sogar, daß die Entscheidung über die Krise im Staatssekretariat des Äußeren schon gefallen sei, sonst würde der Kaiser jetzt nicht seine Reise nach Korfu antreten.

Diese Darlegungen decken sich in der Hauptsache mit den Ansichten, die in parlamentarischen Kreisen vorherrschend sind. Nur, daß man dort mit ziemlicher Bestimmtheit auch auf den alsbaldigen Wechsel im Reichskanzleramt rechne. Die Agrarier knüpfen daran die Hoffnung, daß sie dann auch den Reichstag bald wiederlos werden; der durchgefallene Dietrich Hahn veräußert in keiner Agrarierversammlung darauf hinzuweisen, daß man sich „zwischen zwei Reichstagswahlen“ befinde, und die Zeit nützen müsse, um die „bevorstehenden“ Wahlen zu günstigerem Ergebnis zu führen, als es bei den Januarwahlen möglich war.

Politische Rundschau

Deutschland.

Das Reichsamt des Innern.

Was nachgerade unmöglich erschien, ist schließlich doch zur Wirklichkeit geworden. Der Etat des Reichsamts des Innern ist in zweiter Lesung so gut wie ganz erledigt worden. Mit dem Kapitel Kanalamt, zu dem Donnerstag bereits geredet worden ist, begann die gestrige Sitzung. Genosse Legien hatte eine Reihe berechtigter Beschwerden über die Lage der Arbeiter am Nord-Deise-Kanal. Ministerialdirektor von Sanguieres antwortete, wie es sich für einen Regierungsvertreter gehört. Aber er konnte doch nicht bestreiten, daß die Unfallverhütung mangelhaft ist, und seine Mitteilung, daß 36 Prozent ausländische Arbeiter beschäftigt werden, war jedenfalls auch sehr wertvoll.

Die Resolution der sozialdemokratischen Fraktion über die sogenannte Abonnementversicherung wurde beim Kapitel „Aufsichtsamt für Privatversicherung“ vom Genossen Haupt in eingehender Rede begründet. Er konnte an die früheren wiederholten Beschlüsse des Reichstages erinnern, denen er die durch dauernde Ermägungen verdeckte Untätigkeit der Regierung entgegenstellte. Der Abgeordnete Dr. Mercur vom Zentrum, der gleich

falls zu dem Gegenstand sprechen wollte, war in einer etwas peinlichen Situation. Denn Genosse Haupt hatte ihn eben darauf hingewiesen, in welchem Maße gerade die Presse des Zentrums gesündigt hat und sündigt. Herr Dr. Mercurio konnte als schwächliche Ausrede nur noch die Konkurrenz der unparteiischen Blätter anführen. Als ob diese Konkurrenz nicht auch für unsere Presse bestände. Staatssekretär Dr. Delbrück kündigte die im Vorjahr durch die Resolution Bassermann gewünschte Denkschrift an. Die sozialdemokratische Resolution wurde einstimmig angenommen.

Nach der Besprechung einiger kleinerer Titel entstand eine längere Auseinandersetzung über die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit. Genosse Büchner hielt eine vorzüglich dokumentierte Rede, die sich der begeisterten Zustimmung sogar des Herrn Paasche zu erfreuen hatte. Unser Redner zeigte sofort, wie groß die Aufgaben auf diesem Gebiete sind, durch die erschreckenden Zahlen der Statistik: Deutschland mit Rußland und Österreich an der Spitze der Todesstatistik! Unter diesen furchtbaren Verhältnissen war die von unserem Redner aufgestellte Forderung der Übernahme der Anstalten zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit durch das Reich vollends berechtigt, so daß auch Herr Dr. Arndt im weiteren Verlauf der Debatte eine größere Initiative seitens des Reiches fordern mußte. In dieser Lage war es dem Zentrum und namentlich dem Abgeordneten Erzberger naturgemäß etwas unangenehm, an die rohe Äußerung erinnert zu werden, durch die gerade Herr Erzberger die Ablehnung sozialdemokratischer Anregungen auf diesem Gebiet zu rechtfertigen versucht hatte. Herr Erzberger tritt nachher diese Äußerung ab, aber Genosse Dr. David hielt ihm den Bericht des Mainzer Zentrumsblattes über seine eigene Rede entgegen.

Der Volksparteiler Henn in längeren und wohlwollenden Bemerkungen, sowie die Abgeordneten Dr. Paasche und Dr. Arndt unterstützten die Anregungen des Genossen Büchner.

Die Wohnungsfrage wurde ausführlich erörtert in Reden des Genossen Hofrichter und des Grafen Posadowsky zum Titel „Förderung des Kleinwohnungsbaus.“ In sehr bemerkenswerten Ausführungen, die unter großer Aufmerksamkeit angehört wurden, erläuterte der Sieger von Köln die unerhörten Mißstände des Wohnungswezens, die entsetzlichen Gefahren sanitärer und sittlicher Art. Es ist in der Tat ein ganzes Sündenregister der bürgerlichen Gesellschaft, das bei diesem Kapitel aufgestellt wird. Die Forderungen, die Genosse Hofrichter aufstellte, müßten auf allen Seiten einem tatkräftigen Verständnis begegnen, wollte man wirklich Abhilfe schaffen. Auch Graf Posadowsky bezeichnete die Wohnungsfrage als eine Kulturfrage erster Ordnung. Er will sich sogar früher schon zu dieser Anschauung bekannt haben. In die Tat hat er sie jedenfalls nicht verwandelt.

Wahlprüfungskommission.

Die Prüfung der Wahl des Abg. Brandes (Soz.) wurde am Freitag beendet. In zwei Wahllokalen in Halberstadt sollen die Wahlzellen so beschaffen gewesen sein, daß die Wähler beobachtet werden konnten. Dieser Einwand ist bereits bei der amtlichen Ermittlung des Wahlergebnisses erhoben worden. Der vom Wahlkommissar berufenen Kommission gehörte auch der bürgerliche Stadtverordnete Gerlach an. Dieser gab sofort zu Protokoll, daß er — vermutlich in amtlichem Auftrag — die Wahlzellen aller Bezirke in Halberstadt vor Beginn der Wahlhandlung inspiziert und in Ordnung befunden habe. Hätte man nun das Resultat in diesen beiden Bezirken für ungültig erklärt, dann hätte der Abg. Brandes noch immer eine Mehrheit von 46 Stimmen gehabt. Der Referent (Nat.) verlangte nunmehr, daß dem Gewählten auch die Stimmen der Wähler — 131 an der Zahl — abgezogen werden sollen, die nicht zur Wahl gegangen sind. Damit hätte Abg. Brandes dann keine Mehrheit mehr gehabt. Diesem Verlangen trat der sozialdemokratische Korreferent ganz entschieden entgegen. Der vom Referenten gestellte Antrag auf Beanstandung der Wahl wurde abgelehnt und die Wahl dann gegen die Stimmen der Nationalliberalen für gültig erklärt. — Gleichfalls für gültig erklärt wurde die Wahl des Abgeordneten Sperlich (Zentrum), der im Wahlkreise Stah mit großer Mehrheit gewählt wurde.

Der Seniorenkonvent des Reichstags

beschäftigte sich am Freitag abermals mit dem Ersuchen der freikonservativen Partei, zu den Beratungen des Seniorenkonvents zugelassen zu werden, nachdem zwei Abgeordnete der Fraktion haben zuzählen lassen. Die Herren Sauer und Erber erstatteten Bericht über die Prüfung der Frage in den Akten des Reichstags. Danach sind allerdings Abweichungen von der Regel seit 1893 bis 1905 vorgekommen. Auf diese Ausnahme berufen sich die Freikonservativen. Der Seniorenkonvent konnte sich nicht entschließen, eine neue Ausnahme zu machen. Da die Geschäftsordnungskommission des Reichstags mit einer Revision der Geschäftsordnung beschäftigt ist, wünscht der Seniorenkonvent, daß die Geschäftsordnungskommission die Frage, wieviel Mitglieder des Hauses eine Fraktion bilden können, vorweg nehmen und dann als Teilbericht eventuell zunächst dem Seniorenkonvent und dann dem Plenum unterbreiten solle. Nach den Entscheidungen der Geschäftsordnungskommission wird dann die Frage, ob die Freikonservativen eine Fraktion bilden, in dem beabsichtigten Sinne entschieden werden.

Dann machte der Präsident die Mitteilung, daß auf die Tagesordnung morgen (Sonntag) die Inkonvention mit Belgien und das Notgesetz zum Etat, da der Etat nicht zur rechten Zeit fertig wird, gebracht werden. Von der Inkonvention sowie vom Notgesetz soll eventuell die zweite Lesung am heutigen Tage vorgenommen werden. Der Seniorenkonvent hält daran fest, daß die Osterferien am 29. März beginnen sollen. Die Ferien laufen bis zum 16. April. Bis zu den Ferien wird der Etat des Reichsamts des Innern, der Postetat und die Reichsdruckerei, wenn möglich, erledigt werden.

Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus beendete am Freitag die Generaldebatte über das Elementarunterrichtsgesetz. In dem

Kapitel: Schulaufsicht, das sodann beraten wurde, lagen die bereits früher mitgeteilten sozialdemokratischen Anträge auf Einschränkung des Verwaltungsstreitverfahrens gegenüber den Zwangsverfügungen der Schulaufsichtsbehörden und auf Aufhebung der Zwangsverfügungen wegen Erteilung von gewerbsmäßigem Unterricht vor. Um die Statberatungen zu beschleunigen, wurden diese Anträge debattelos der Unterrichtskommission überwiesen. Abg. Genosse Liebknecht wies die Notwendigkeit der Anträge nach. Der Minister half sich mit einigen persönlichen Ausfällen gegen unseren Genossen. Wie üblich, wurde eine Erwiderung durch Schluß der Debatte verhindert. Auch beim nächsten Punkt, der Frage der Kreisinspektion, kam die Sozialdemokratie nicht zum Wort; man schloß die Rednerliste, nachdem die bürgerlichen Parteien ihr Sprichlein hergelagt hatten, obwohl eine ganze Reihe von Rednern die Sozialdemokratie aufs unglaublichste angriff. Ein zur Kreisinspektion gestellter fortgeschrittlicher Antrag, der die Aufhebung der geistlichen Ortsinspektion wünscht, wurde nicht einmal einer Kommissionsberatung gewürdigt, sondern rundweg abgelehnt.

Zur Strafverfolgung freigegeben.

Die Geschäftsordnungskommission des preussischen Dreiklassenhauses hatte sich mit einem polnischen Antrage auf Einstellung eines gegen den Abg. Korfanty schwebenden Strafverfahrens zu beschäftigen. Dieser Antrag wurde auf konservativen Vorschlag vom Plenum nicht sofort angenommen, wie das im Reichstage üblich ist und es ja auch im Landtage fast stets der Fall war, sondern er wurde der Geschäftsordnungskommission zur Prüfung überwiesen. Der konservative Redner im Plenum hat allerdings erklärt, daß diese Prüfung ohne Rücksicht auf die Person und die Partei durchgeführt werden solle. Das Ergebnis dieser objektiven Prüfung ist nun, daß der Einstellungsantrag von der Kommission mit Stimmengleichheit abgelehnt wurde!

Spain Vorsitzender der Zentrumsfraktion.

Die Zentrumsfraktion des Reichstags hielt Donnerstagsabend eine Sitzung ab, in der Abg. Dr. Spain an Stelle des Freiherrn v. Hertling zum 1. Vorsitzenden gewählt wurde.

Bei der Reichstagswahl

in Münster-Coesfeld wurde Geheimer Medizinalrat Dr. Gerlach (Z.) mit 20169 Stimmen gewählt. Zerpfliert 153 Stimmen. Die Nationalliberalen, die Freisinnigen und die Sozialdemokraten hatten Stimmhaltung proklamiert.

Die konfessionelle Eidesformel vor der Petitionskommission.

Die Debatte über die vom Vorsitzenden der freireligiösen Gemeinde Deutschlands, Prediger Tschirner-Breslau und anderen gestellten Anträge füllte fast die ganze Sitzung der Kommission aus. Zentrum und Konservative vertaten in der Eidesfrage den Standpunkt, daß die religiöse Formel dem Eide in erster Linie sein Gewicht gebe, und bei der Mehrzahl der Schwörenden die Furcht vor der Sünde größer sei, als die vor dem irdischen Richter. Zugestanden wurde, daß in Deutschland viel zu viel und bei den wichtigsten Anlässen geschworen und dadurch die Bedeutung des Eides stark beeinträchtigt wurde. Sozialdemokraten und Fortschrittler betonten demgegenüber, daß die Eidesleistung auf eine religiöse Formel einen völlig unberechtigten Gewissenszwang für diejenigen bedeute, die mit dem offiziellen Kirchenglauben gebrochen haben. Die Kommission beschloß schließlich mit 14 gegen 13 Stimmen Übergang zur Tagesordnung, obwohl vorher besonders betont wurde, daß die Frage durch Aufbringung der notwendigen Unterschriften dennoch im Plenum zur Verhandlung gelangen würde.

Sturm im bayerischen Landtage.

Im Landtag begann Donnerstag die Debatte über die allgemeine Politik des Ministers Freiherrn von Hertling. Das Zentrum begnügte sich damit, durch den Abg. Lerno eine längere Erklärung verlesen zu lassen. Der Redner weist den von der vorigen Regierung ausgesprochenen Vorwurf des Verfassungsbruchs als schwerverlegende und grundlose Beleidigung mit aller Entschiedenheit zurück. Seine weiteren Bemerkungen waren im wesentlichen eine fast papageienhafte Wiederholung der Hertlingschen Programmrede, mit der er ganz und gar einverstanden ist. Er fügte nur die Ablehnung des Proporzgesetzes hinzu, über die Vorgänge im Reich ging der Zentrumredner mit der Wendung hinweg, daß er bei der Aufhebung der „Liebesgabe“ eine Berücksichtigung der süddeutschen Brenner erhoffe. Ganz wie der Ministerpräsident ermahnt auch Lerno die Liberalen, auf dem Boden der staatlichen Ordnung positiv zusammen zu arbeiten. Diesen Sammelruf lehnte der liberale Führer, Casselmann, in einer großen Rede energisch ab. Als er gewisse beschimpfende Äußerungen von Zentrumsgewählten im Wahlkampf erwähnte, wäre es fast zu einem vorzeitig gewaltsamen Abbruch seiner Rede gekommen. Die Liberalen brachen bei den Zitaten in Psitturufe aus, die der Präsident als unzulässig erklärte. Casselmann nahm die Psitturufe auf sich und erhielt dafür einen Ordnungsruf. Casselmann: „Der Ordnungsruf ist für mich eine Ehre.“ Darauf erhielt er einen zweiten Ordnungsruf. Die Liberalen schrien ihm zu: „Nur noch einmal, es ist ja wurscht, darauf gehören Ohrfeigen.“ In großer Erregung des Hauses verließ nun Casselmann das Thema des Wahlkampfes. Er kritisierte dann die Programmrede Hertlings. Er wünscht Ausrüstung, was hinter den Drohungen gegen die Sozialdemokratie und gegen die Beamten stecke: Ausnahme-gesetze, Verbot des süddeutschen Eisenbahnerverbandes, Einschränkung der Beamten, weil sie sozialdemokratisch gewöhnt haben oder was sonst. Im Interesse der Staatsautorität gegen die ultramontane Herrschaft haben Beamte sozialdemokratisch gewählt. Was hat Hertling in Berlin getan? Wie steht es mit der Reichserbschaftsteuer? Schließt er sich dem Proteste seines sächsischen Kollegen an? Der Ministerpräsident schließt die Sozialdemokratie von der positiven Mitarbeit aus. Es ist seine Sache, ob er mit dieser so starken Partei fertig wird dadurch, daß er sie für unberechtigt erklärt. Wenn er aber die Liberalen auffordert, die Gegenläufe gegen das Zentrum hinten-

zuziehen, so ist das unmöglich. Das Ministerium werde das begründete Mißtrauen in die Tat zu überseuen bemüht sein. Der Präsident bemerkt, er nehme an, daß der von Casselmann erhobene Vorwurf des Verfassungsbruchs sich nicht auf Mitglieder des Zentrums in diesem Hause beziehe. Casselmann erwiderte: der Vorwurf richte sich gegen die Zentrumspartei in diesem Hause.

England.

Die Minimallohnbill für die Bergarbeiter wurde gestern mit 348 gegen 225 Stimmen in zweiter Lesung angenommen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Sonnabend, den 23. März.

Achtung Fabrikarbeiter! Die Arbeiter der Chemischen Fabrik Ahrensböhl (Ing. Dr. C. Christ) befinden sich in Lohn Differenzen. Zugang ist streng fernzuhalten.

Kinderschutzkommission. Unsere Kommission hat sich neu konstituiert und zu ihrem Vorsitzenden den Genossen F. Rieckhoff-Gloxinstr. 5a gewählt. Die übrigen Mitglieder sind:

1. Frau Neblis, Gr. Bauhof 7.
2. Burmeister, Böttcherstr. 13.
3. Niendorf, Düvelenstr. 14.
4. Henze, Warendorferstr. 66 II.
5. Schöler, Schwartauer Allee 96.
6. Jaekel, Warendorferstr. 1/3. I.
7. Kleinfeldt, Glandorferstr. 81.
8. Engel, Grawigstr. 24 a. part.
9. Hans, Grawigstr. 5a.
10. Steinfadt, Marckstr. 82.
11. Neßlen, Rottwischstr. 15.
12. Arbeitersekretär F. Mehrlein, Johannisstr. 48.
13. Gewerkschaftsbeamter H. Madde, Johannisstr. 48.

Alle Fälle von Kinderausbeutung, Vernachlässigung und Mißhandlung melde man den Mitgliedern der Kommission, insbesondere dem Vorsitzenden.

Die Kinderschutzkommission.

Achtung, Gewerkschaften und Vereine! Die Gewerkschaftskommission erinnert die Gewerkschaften und Vereine von Lübeck noch einmal an die Anmeldung der in diesem Jahre abzuhaltenden Vergütungen im Gewerkschaftshaus.

Die Budgetberatung wurde gestern mittag von der Lübecker Bürgerschaft beendet. In dieser fünften und letzten Sitzung handelte es sich hauptsächlich um die Deckung des sich auf 753 496,18 Mk. belaufenden Fehlbetrages. Der Senat beantragte, einen Zuschlag von 10 Proz. zur Einkommensteuer für alle Einkommen über 1200 Mk. zu erheben und den noch verbleibenden Rest aus der Ausgleichskasse zu decken. Die sozialdemokratische Fraktion bekämpfte diesen Vorschlag. Vom Genossen R. Pape wurde ein Antrag gestellt, der auch den Zuschlag zur Einkommensteuer progressiv steigert und folgendes besagte:

Einkommen	Zuschlag	Dieser Zuschlag bringt
von mehr als 2 000—2 500 Mk.	1 Proz.	1 223,68 Mk.
2 500—3 000 "	2 "	2 258,22 "
3 000—3 500 "	3 "	2 671,82 "
3 500—4 000 "	4 "	3 793,49 "
4 000—5 000 "	5 "	7 348,58 "
5 000—6 000 "	6 "	6 809,26 "
6 000—7 000 "	7 "	6 284,46 "
7 000—8 000 "	8 "	6 888,37 "
8 000—9 000 "	9 "	6 040,88 "
9 000—10 000 "	10 "	8 170,59 "
10 000—15 000 "	11 "	29 321,88 "
15 000—20 000 "	12 "	20 037,40 "
20 000—25 000 "	13 "	17 540,61 "
25 000—30 000 "	14 "	15 417,73 "
30 000—40 000 "	15 "	25 561,94 "
40 000—50 000 "	16 "	14 277,12 "
50 000—100 000 "	17 "	45 820,83 "
100 000 "	18 "	128 549,66 "

347 915,52 Mk.

In der Begründung wurde vom Genossen Pape nachdrücklich darauf hingewiesen, daß man denjenigen Steuerzahlern, die man durch ein schlechtes Wahlrecht zur Bürgerschaft minderen Rechts gemacht hat, nicht die gleichen Pflichten auferlegen dürfe. Dem Landgerichtsdirektor Dr. Meyers der seltsamerweise entdeckt haben wollte, daß die Sozialdemokratie nach ihrem Programm auch nicht für das Budget stimmen dürfe, auch wenn das gleiche Wahlrecht bestände, wurde kurz aber treffend erwidert, daß er von unserem Programm nichts weiß, und daß man über die Budgetbewilligung wohl reden könne, wenn Senat und Bürgerschaft auf Grund eines gerechten Wahlrechts gewählt werde. Schließlich wurde der Antrag Pape abgelehnt, ebenso ein Antrag Klein, der verlangt, daß zur teilweisen Deckung des Fehlbetrages ein Zuschlag von 10 Prozent zur Einkommensteuer für Einkommen von mehr als 2000 bis 10 000 Mk. und von 15 Proz. für Einkommen über 10 000 Mk. (voraussichtlich 375 200 Mk.) erhoben werde; ferner ein Antrag Foerster, der forderte, daß zur teilweisen Deckung des Fehlbetrages ein Zuschlag von 10 Prozent zur Einkommensteuer für Einkommen von mehr als 1500 Mk. erhoben werde. — Immerhin ist es schon bemerkenswert, daß man die sozialdemokratischen Anträge auf Schonung der minderbemittelten Steuerzahler bei den Zuschlägen einer längeren Erörterung unterzieht, und daß auch bereits ein Teil der Erstklassigen für sie stimmt. Früher lehnte man sie glatt ab. Freitag mittag kurz vor 1 Uhr genehmigte die Bürgerschaft nach fast zwanzigstündiger Beratung das Staatsbudget mit allen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, die auch in diesem Jahre, wie immer, nach Kräften bemüht waren, die Interessen der Arbeiter und der Allgemeinheit wirksam zu vertreten.

Zum Streit der Brenner der Firma Carl Thiel u. Söhne, Stanz- und Emailierwerk A.-G. wollen wir berichten, wie die Brenner dazu gekommen sind, die Arbeit niederzulegen. Im Frühjahr des vergangenen Jahres sah sich die Arbeiterchaft gezwungen, wegen zu schlechten Verdienstes bei der Firma um eine Lohnaufbesserung anzubringen. Nach mehrmaligen Verhandlungen über die von der Arbeiterchaft eingereichten Forderungen willigte die Firma

auch eine Zulage zu, die im Durchschnitt für den einzelnen 1/2-2 Pf. pro Stunde betrug. Für die Brenner betrug die Zulage 2 1/2 Pf. pro Stunde. Die Arbeiterschaft erklärte sich mit dem Zugeständnis einverstanden. Die Firma verlangte nun aber von der Kommission eine gewisse Zulage, daß in absehbarer Zeit von den Arbeitern keine Lohnforderungen gestellt werden sollte. Die Verhältnisse waren gerade nicht dazu angetan, daß die Arbeiterschaft in absehbarer Zeit nicht mit Lohnforderungen zu kommen brauchten; dennoch hat sie es gehalten und ist bis heute mit seinen neuen Forderungen an die Firma getreten. Wie hat aber die Firma das von ihr Zugeständene gehalten? Die Brenner hatten nach der ihr zugesprochenen Erhöhung des Stundenlohnes von 84 Pf. auf 86 1/2 Pf. und Erhöhung der Prämie einen der Zulage entsprechenden Mehrverdienst von 1,30 bis 1,80 Mk. pro Woche, dieses sollte aber nicht lange anhalten. Vom 8. Juni 1911 bis annähernd Weihnachten hatten die Brenner keinen Anlaß zu klagen. Von dieser Zeit ab kamen die Brenner mächentlich bei gleicher Arbeitsleistung jedoch auf 1,50 bis 2 Mk. weniger Verdienst. Eine Kommission, welche von den Brennern ernannt wurde, um dieserhalb mit der Firma Rücksprache zu nehmen, mußte sich dann von Herrn Thiel sagen lassen, daß die Brenner selber an dem Lohnausfall schuld seien, weil sie eben zuviel fehlerhafte Ware brennen, für die die Firma nicht mal die Materialkosten bezahlt erhält. Man sollte es kaum glauben, wie Herr Thiel dazu kommt, den Arbeitern, die durchschnittlich schon mehrere Jahre die Arbeit verrichten, so etwas vorzumerkeln; außerdem sind doch Meister und Vorarbeiter da, um schon nach dem Rechten zu sehen. Wäre es ja auffallen, wenn dieselben Leute bis Weihnachten gut arbeiteten und von dieser Zeit an schlecht. Der Grund ist sicherlich in etwas anderem zu suchen. Es ist den Brennern nicht mehr neu, daß ihnen im Sommer immer etwas mehr Verdienst geschrieben wird als im Winter, wenn die Arbeitslosenzahl sich auf der Straße vermehrt. Die Brenner wollen aber bei gleicher Arbeit im Winter so gut leben wie im Sommer und was verlangen sie auch groß: 27 Mk. pro Woche für ihre anstrengende und gesundheitsschädliche Tätigkeit; das ist gewiß nicht zu viel. Die Geschlossenheit der übrigen Arbeiter und Arbeiterinnen des Betriebes, welche einmütig hinter den Brennern stehen, beweist das auch am besten. Bisher haben sich keine Streikbrecher gefunden. Die Arbeiter und Arbeiterinnen, denen von der Firma zugemutet wurde, die Arbeit der Brenner zu verrichten, erklärten sich mit den Streikenden solidarisch. Die Zahl der Ausständigen beträgt schon 160 Personen. Wir wollen auch hier an dieser Stelle an das Solidaritätsgefühl jedes ehrlichen Arbeiters und jeder Arbeiterin appellieren, auf daß niemand eher bei der Firma in Arbeit tritt, als bis die Differenzen geregelt sind.

Gewerkschaften und Genossenschaften. Über dieses Thema sprach gestern Abend im großen Saale des Gewerkschaftshauses der Genosse A. v. Elm-Hamburg in einer Versammlung der Gewerkschaftsvorstände und der Propagandakommission des Konsumvereins. Genosse v. Elm führte u. a. aus: Die Gewerkschaften sind Einrichtungen, die die Interessen der produzierenden Arbeiter wahren, während die Genossenschaften die Interessen der Konsumenten vertreten. Immerhin steht aber doch in jedem Arbeiter nicht nur der Produzent sondern auch der Konsument. Und damit ist der Zusammenhang beider Organisationsformen gegeben. Ein Unterschied liegt nur darin, daß die Genossenschaften sich an alle Konsumenten wenden. In der Hauptfrage sind es aber doch die Arbeiter, die für sie in Frage kommen. Im Jahre 1910 zählte man 2 1/2 Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter, denen 1 181 000 Mitglieder der dem Zentralverband angeschlossenen Konsumvereine gegenüberstanden. Es ist deshalb notwendig, daß auch die Gewerkschaften ihre Organisationskraft zugunsten der Genossenschaften verwerten. Redner erörterte dann die Zwecke und Ziele der Gewerkschaften und Genossenschaften und stellte ein gemeinsames Ziel fest. Die Genossenschaften können ihre Aufgabe nicht lösen, ohne die Gewerkschaften. In großen Industriebezirken gehen die Industrien selbst dazu über, den Konsum zu organisieren. Es sind das gewöhnlich gerade die größten Gegner der Gewerkschaftsbewegung. Wenn die Arbeiter mehr Lohn erhalten und diese Erhöhung wieder auf die Preise geschlagen wird, so springt kein Vorteil für die Arbeiter heraus. In erster Linie ist ja auch der Vater Staat bestrebt, dem Arbeiter das wieder abzunehmen, was dieser durch seine Organisation erkämpft hat. Dann sind es die Unternehmerorganisationen, die Kartelle, die die Preisfestlegung diktiert. Auch der Zwischenhandel schreitet zu einer Kartellierung, um das Publikum zu schröpfen. Diesen Vereinigungen ist nur durch Konsumvereine beizukommen. Der Konsumverein wirkt also preisregulierend. Als vierte Kraft die Arbeiter zu schröpfen, kommen die Hausquarrieren in Betracht, die fortgesetzt bestrebt sind, die Mieten zu steigern. Durch Baugenossenschaften kann diesen Herren entgegengearbeitet werden. Der Redner geht dann auf die innere Organisation der Genossenschaften ein. Durch die Taktik der Konsumvereine sei wieder Treu und Glauben in den Handel gebracht worden. Noch wichtiger werden die Konsumgenossenschaften werden, wenn sie zur Eigenproduktion übergehen. Diese Vorteile werden nie durch die kapitalistische Entwicklung selbst erzielt werden, denn die großkapitalistischen Organisationen haben immer den Profit im Auge. Gerade weil die neue Genossenschaftsrichtung in engeren Zusammenhang mit der Arbeiterschaft trat und sich als antikapitalistisch erklärte, hat sie sich enorm entwickelt. Deshalb muß der engere Zusammenschluß mit den Gewerkschaften noch mehr erstrebt werden. Redner erörtert diese Entwicklung seit dem Kölner Gewerkschaftskongress und bespricht die abgeschlossenen Tarifverträge der Gewerkschaften mit dem Zentralverband der Konsumvereine; die dadurch erzielten Vorteile könnten in kapitalistischen Betrieben noch nicht erzielt werden. Auch auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge sind die deutschen Genossenschaften bahnbrechend vorgegangen. Die Unterstützungskasse des Zentralverbandes steht einzig da. Auch bei der Vergütung von Arbeiten sehen die Konsumvereine darauf, daß die Unternehmer die gewerkschaftlichen Forderungen erfüllen. Je treuer die Mitglieder sind, desto größer der Einfluß der Genossenschaften. Die Schäden der Heimarbeit können nur durch die Eigenproduktion der Konsumvereine überwunden werden. Auch die Zuchtensarbeit wird dadurch ausgeschaltet. Die Arbeiter in den Genossenschaftsbetrieben sind gesundheitslich und wirtschaftlich am besten gestellt. Dabei stehen wir in Deutschland genossenschaftlich noch in den Kinderschuhen. Wir müssen nur die Massen haben. Wenn wir die geplante Volksversicherung durch die Gewerkschaften und Genossenschaften organisieren, wird das Band zwischen diesen wieder enger gezogen. Wenn Gewerkschaften und Genossenschaften zusammenarbeiten, dann bringt das den beteiligten Arbeitern gewaltige Vorteile. Der Redner erörterte dann die Unterstützungsrichtungen der „Produktion“ und hebt die Wichtigkeit des Notfonds hervor. Der Notfonds sei die Brücke zwischen gewerkschaftlicher und genossenschaftlicher Organisation. Die Arbeiter sollen konsequent zu ihren eigenen Interessen stehen. Gewerkschaftliches Interesse und genossenschaftliches Interesse ergänzen einander. Darin muß Klarheit geschaffen werden, dann würde die wirtschaftliche Macht der Arbeiter erweitert

werden. Wirtschaftliche Macht bedeutet aber auch politische Macht. Was wirtschaftlich gewonnen ist, könne nicht wieder verloren gehen und wird seine politischen Wirkungen sowohl auf kommunalem als auch auf staatsrechtlichem Gebiete zeitigen. Mit der Zentralisierung der Organisationen wird der Weg für die zukünftige Gesellschaft freigelegt. Die starken politischen und gewerkschaftlichen Bewegungen in Lübeck müßten auch in genossenschaftlicher Hinsicht ergänzt werden. (Lebhafter Beifall.)

Einfuhr von Wiederkäuern aus Schweden nach Lübeck. Der hiesige Senat hat beschlossen, und verordnet: Die Einfuhr von Wiederkäuern aus Schweden wird vom 20. April 1912 ab gestattet. Mit dem gleichen Zeitpunkt tritt die Verordnung vom 22. Dezember 1897, betreffend das Verbot der Einfuhr von Wiederkäuern und Schweinen, sowie von frischem Schweinefleisch aus Schweden und Norwegen, soweit sie nicht bereits durch die Verordnung vom 19. Dezember 1906, betreffend die Einfuhr von frischem Schweinefleisch aus Dänemark, Schweden und Norwegen, aufgehoben ist und insofern sie sich auf die Einfuhr von Wiederkäuern aus Schweden bezieht, außer Kraft.

2. Aus dem Gerichtssaal. Strafkammerung am 22. März. Das falsche Dekret. Von dem Schöffengericht in Gutin war der vielfach vorbestrafte Arbeiter Aug. N. aus Neumünster wegen Unterschlagung zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Er hatte nämlich Papiere, die auf den Namen Dornemann lauteten, von seinem Kollegen Wolter, mit dem er gemeinsam aus dem Gefängnis entwichen war, erhalten und sie bei sich geführt, obwohl er wußte, daß Wolter die Papiere gestohlen hatte. Benutzt hatte er die Papiere jedoch nicht. Gegen das Urteil hatte er selbst Berufung eingelegt, konnte jedoch gestern (Freitag) vor der Strafkammer auch kein Wort zu seiner Verteidigung sagen. Da kam ihm diesmal der Staatsanwalt zu Hilfe, indem dieser nämlich feststellte, daß er sich bei dieser Anklage keineswegs um Unterschlagung handele, sondern nur um Hehlerei; denn von Unterschlagung könne hierbei nur dann die Rede sein, wenn der Angeklagte die Papiere vorher rechtmäßig besessen und sie dann für sich besessen habe. Er könne infolgedessen nur wegen Hehlerei bestraft werden und beantragte, die Berufung abzuweisen, jedoch mit der Umänderung, daß sein Vergehen als Hehlerei bezeichnet werde. Nach längerer Beratung verwarf auch das Gericht die Berufung des Angeklagten und erkannte dem Antrage des Staatsanwalts gemäß. Obwohl der Angeklagte gewissermaßen doch einen idealen Erfolg erzielt hatte, wurden ihm die Kosten aufgebürdet. — Die Zahl aus Dummheit. Vor der Strafkammer hatte sich gestern (Freitag) der Knecht K., genannt S., wegen Diebstahls zu verantworten. Der Angeklagte war Ende des vergangenen Jahres bei dem Landmann Sp. auf dem Borwerk Ahrensberg beschäftigt. Im allgemeinen zeigte er sich als brauchbarer Mensch, hatte aber schon früher einen Gang zu Diebereien erkennen lassen. Ohne daß er nun durch Not dazu gezwungen worden war, erbrach er eines Tages zwei Koffer seines Mitbewohners und eignete sich 1 Paar Strümpfe und einen Stock an, alles zusammen im Werte von ungefähr 3,50 Mk. Die Wahl der gestohlenen Gegenstände beweist ja schon, daß er den Diebstahl tatsächlich aus Dummheit ausgeführt hat. Dafür verurteilte ihn das Gericht dem Antrage des Staatsanwaltes gemäß unter Jubilung mildernder Umstände zu vier Monaten Gefängnis. Zu seiner Verteidigung konnte der Angeklagte nur anführen, er habe gedacht, „das sei nicht so schlimm“.

Handelsregister. Am 19. März 1911 ist eingetragen die Firma: Polsteinsche Fischzuchtanstalt, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Lübeck. Gegenstand des Unternehmens: Die Zucht und der Verkauf von Fischen, sowie der Abschluß von Handelsgeschäften aller Art, die hiermit in Zusammenhang stehen. Stammkapital: 100 000 Mk. Geschäftsführer: J. G. F. Jünemann, Privatier, Lübeck. Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 8. Februar 1912 errichtet und durch Nachträge vom 22. Februar und 4. März 1912 abgeändert. Die Gesellschaft wird durch einen oder mehrere Geschäftsführer vertreten. Sind mehrere Geschäftsführer vorhanden, so ist jeder von ihnen allein zur Vertretung der Gesellschaft befugt. Der Geschäftsführer Jünemann bringt in Anrechnung auf seine Stammeinlage das von ihm erworbene Grundstück, verzeichnet im Grundbuche von Quickborn Band 7 Blatt 278, 3/4 ha groß, nebst darauf befindlichen Wohngebäuden, Fisch- und Bruchhaus, sowie Gehäusen und 40 Fischteichen, Fischen und Gerätschaften, als 80 Bruttröge, 1 Dezimalwage, 1 Pferd, 1 Wagen, 1 Fischmühle, 4 Rabel, 3 Ketscher, 12 Fischtonnen, 1 Benzinmotor und sonstige nötige Utensilien ein. Der Wert dieser Einlage ist auf 99 000 Mk. festgesetzt. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im „Binneberger Tageblatt“ und in den Lübeckischen Anzeigen. — Am 20. März 1912 ist eingetragen bei der Firma G. A. Schnell in Lübeck: Die Firma ist erloschen. — Am 22. März 1912 ist eingetragen die Firma Lübecker Telephon-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Lübeck. Gegenstand des Unternehmens: Der Vertrieb und die Installation von Telephonapparaten sowie von allen in die Schmachstrombranche fallenden Anlagen. Stammkapital: 20 000 Mk. Geschäftsführer: Julius Jacobsberg und Leo Offenstadt, Kaufleute in Hamburg. Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 19. März 1912 festgesetzt. Die Gesellschaft wird durch einen oder mehrere Geschäftsführer vertreten. Sind mehrere Geschäftsführer vorhanden, so ist jeder von ihnen allein zur Vertretung der Gesellschaft befugt. Die Bekanntmachungen erfolgen im „Deutschen Reichsanzeiger“.

Den Offenbarungseid leisteten im Monat Februar 10 Personen vor dem hiesigen Amtsgericht. 3 Personen beriefen sich auf den von ihnen vor auswärtigen Gerichten geleisteten Offenbarungseid.

Arbeitererlitt. Der Arbeiter Hans Holst, wohnhaft Engelsgrube 81/17, verunglückte am gestrigen Tage auf der Kogelshöfen Schiffswerft dadurch, daß er im Dock von der Leiter fiel und hierbei einen Beinbruch sowie außerdem noch einige Hautabschürfungen erlitt. Der Bedauernswerte wurde per Sanitätswagen nach dem Allgemeinen Krankenhause übergeführt.

pb. Steckbriefing. Festgenommen wurde ein hier zugezogener Musiker, welcher von dem Amtsgericht in Stralsund zwecks Strafverbüßung, Steckbrieflich gesucht wird.

pb. Eigentumsvergehen. In der Zeit vom 16. bis zum 17. ds. Mts. ist von dem Flur eines Hauses in der Dorfstraße ein schwarzlackierter Palmständer aus Bandoisen (Dreifuß) mit einer darauffestenden Blattplanze gestohlen worden.

pb. Entwendete Nachhemden. Von dem Hofe eines Hauses in der Sophienstraße sind in der Nacht zum 17. ds. Mts. von der Leine zwei getragene Damen-Nachhemden gestohlen worden. Die Hemden waren mit Monogram G. F. darunter ein kleines „v“ gezeichnet. Am Halsausschnitt und Brustteil befand sich weiße Stickerei.

pb. Kartoffelbstahl. Vor 8 Tagen sind aus einer Kartoffelmaiere eines Gartens in der Dorfstraße 3-4 Zentner Industrie-Planzkartoffeln gestohlen worden.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Nachmittags 3 Uhr gelangt als 7. Volks-Vorstellung die lustige Gefang-

nisse „Robert und Vertram“ zum letzten Male zur Aufführung. Abends 8 1/2 Uhr kommt Wagners Oper „Die Meistersinger von Nürnberg“ zur Wiederholung. Den Walthers Stolzling singt diesmal Herr Bistorf. Am Montag wird die Sopranistin Frieda Schreiber zum letzten Male als „Cocacchio“ in Suppés gleichnamiger Operette gastieren. In Vorbereitung für nächsten Mittwoch befindet sich Meyer-Hörfers Schauspiel „Alt-Heidelberg“ mit Fr. Böh vom Breslauer Stadttheater als Gast in der Rolle der „Rathie“.

Stadthallen-Theater. Man schreibt uns: Am Sonntag gelangt Sudermanns wirkungsvolles Schauspiel „Sodom's Ende“ zur Aufführung.

Secereh. Die Parteiversammlung findet heute, Sonnabend abend 8 Uhr statt. Die Mitglieder werden ersucht, recht zahlreich in dieser Versammlung zu erscheinen.

Hamburg. Der Hamburger Dampfer „Augsburg“ überfällig. Der zur Deutsch-Australischen Dampfschiff-Gesellschaft gehörige Dampfer „Augsburg“, der am 2. Februar mit einer Ladung Petroleum in Risten von Neuyork nach Durban (Südafrika) abgegangen ist und am 7. März dort fällig war, hat bisher seinen Bestimmungsort nicht erreicht und ist weder gesehen noch angesprochen worden. Die Reederei glaubt deshalb, daß dem Schiff ein Unfall zugestoßen sein könne. In der Londoner Börse sind bereits 40 Prozent Rückversicherung abgeschlossen worden. Der von Kapitän W. Winter geführte Dampfer „Augsburg“, der am 16. Dezember von hier abgegangen ist, ist 1896 aus Stahl erbaut und 2989/1861 Tons groß, die Maschine arbeitet mit 1800 Pferdekraften. Außer dem Kapitän befinden sich 38 Mann Besatzung an Bord. Es ist nicht ausgeschlossen, daß das Schiff Maschinenschaden erlitten hat und aus dem Kurs geraten ist.

Flensburg. Ausgemiesen. Ein bei dem Hofbesitzer Böttcher in Arild bediensteter Knecht dänischer Staatsangehörigkeit war undankbar genug, die Gastfreundschaft des preussischen Staates dadurch „anzuerkennen“, daß er während des Wahlkampfes an einer dänischen Wahlversammlung teilnahm. Die Behörden betrachten aber jedes politische Interesse, das nicht den gewünschten Weg geht, als staatsgefährlich. Und da niemand ungestrast den preussischen Staat in Gefahr bringen darf, mußte das Vorgehen jenes Dienstknechtes gesühnt werden. Er wurde daher ausgewiesen. Nun wackelt der preussische Staat nicht mehr.

Londern. Zur Dänenverfolgung. Die Bespitzelung und Belästigung unserer dänischen Volksgenossen in Nordschleswig dauert an. Im dänischen Versammlungshause zu Mägellondern veranstaltete ein dänischer Geselligkeitsverein einen Unterhaltungsabend. Als Hauptredner war der dänische Folkethingabgeordnete Genosse P. Labroe erschienen, der über das Thema „Die Stellung des Kindes in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft“ sprach. Die Politik hatte hiervon durch irgendeine Patriotenseele Kenntnis erlangt und zwei Genossen stellten sich ein — allerdings erst dann, als der Vortragende seine Ausführungen bereits beendet hatte und nachdem die Versammlungsteilnehmer gemüthlich am Kaffeetisch saßen. Die beiden Uniformierten beschränkten sich daher auf die Suche nach dem Redner aus Dänemark, den sie aber nicht fanden. Genosse Labroe hatte den Saal verlassen und erschien erst wieder, als die behelmte Macht verschwunden war. — So sorgt die hohe Obrigkeit in Schleswig für das Wohl des Volkes!

Geestemünde. Der Fischereiarbeiterinnenstreik in Geestemünde ist nach mehrtägiger Dauer erfolglos beendet worden. Es zeigte sich, daß den Arbeiterinnen doch noch nicht jenes solidarische Kampfgefühl innewohnt, das zur siegreichen Durchführung eines Streikes notwendig ist. So stieg die Zahl der Arbeitswilligen unter den Frauen so schnell, daß der Kampf abgebrochen werden mußte.

Bremen. Die Bürgerchaft hat am Mittwoch über den Jahresbericht der Beleuchtungs- und Wasserwerke verhandelt. Gas- und Elektrizitätswerke hatten zusammen einen Reinertrag von 2 265 934,72 Mk. resp. gegen das Vorjahr den Reinertrag um 188 896,43 Mk. vermehrt. Das Wasserwerk schließt mit einem Fehlbetrag von 228 757,96 Mk., das Defizit des Wasserwerks ist gegen das Vorjahr um 15 676,52 Mk. kleiner. Der Jahresbericht rief eine lebhafteste Debatte hervor. Die Einführung der Wassermesser hat zu vielen Unzuträglichkeiten geführt, was zu lebhaften Protesten Veranlassung gab; dergleichen wurde die von der Deputation vorgenommene Steigerung der Kokspreise kritisiert. Der Bergarbeiterstreik sollte unsere Staatsfinanzen mit aufbessern helfen. Man hat sich aber verrechnet. Genosse Behle brachte eine Reihe von Angehörigkeiten zur Sprache, die auf schlechte Ausnutzung von Materialien seitens der Verwaltung schließen lassen. Sodann behauptete er, daß man aus dem Bericht nicht die Höhe der Arbeitslöhne erkennen könne. Die Löhne müssen so bemessen sein, daß die Arbeiter ohne Nebenberuf auskommen könnten, denn dadurch würde doch auch wieder den selbständigen Handwerkern Konkurrenz bereitet, was von den Arbeiterorganisationen als schädlich betrachtet werde. Die Direktoren der Werke versuchten die Ausführungen unseres Redners abzuschwächen; um zu verhindern, daß Genosse Behle darauf erwidern konnte, nahm man einen Schlußantrag an. — Das Einkommensteuergesetz erhielt eine Verschärfung insofern, daß von nun an die geleisteten Steuerbeiträge nicht mehr vom Einkommen abgesetzt werden dürfen. Da hierdurch dem Staat jährlich 500 000 Mark zustehen sollen, stimmte die Bürgerchaft dem Antrage zu. Auch zugestimmt wurde einer Änderung des Erb- und Einkommensteuergesetzes, wodurch 276 000 Mk. mehr einkommen sollen, wovon 126 000 Mk. auf die Zuschläge zur Reichserbschaftsteuer entfallen. Das Gesetz behält für kleinere Erbfälle den Steuersatz von zwei vom Hundert bei, läßt aber die Steigerung der Steuerhöhe schon bei 40 000 Mk. eintreten und verschärft die Progression in der Weise, daß bei Erbfällen über 500 000 Mk. ein Höchstsatz von vier vom Hundert erreicht wird. Dieser Steuersatz soll aber nur für den überlebenden Ehegatten und die ehelichen Kinder des Erblassers gelten. Für Einzel und entferntere Verwandte ist ein Steuersatz von drei vom Hundert vorgesehener in gleicher Progression bei Erbfällen von über 500 000 Mark den Höchstsatze von 6 Proz. erreicht. In Hamburg gelten für eheliche Kinder die gleichen, für Einzel und entferntere Abkömmlinge des Erblassers sogar noch höhere Steuersätze, nur mit dem Unterschiede, daß bei entsprechender langamerer Progression der Höchstsatze erst bei 900 000 Mk. erreicht wird. Die Bürgerchaft stimmte auch diesem Gesetze zu.

Bremervahren. Streik der Schiffbauer in Bremervahren. Die Schiffbauer im technischen Betriebe des Norddeutschen Lloyd in Bremervahren haben am Donnerstag früh wegen Lohn Differenzen die Arbeit geschlossen niedergelegt. In Betracht kommen 250 Mann.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ sind die mit P. L. bezeichneten Artikel: Paul L. Stöwig für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stöwig Verleger: E. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Samstags in Lübeck.

Fertige Herren-Garderobe

feineren Stils.

Die überwältigende Auswahl, der hervorragende Sitz und die hübsche Ausführung unserer Konfektion ist vorbildlich für die Branche.

Neuheiten in Herren-Anzügen	12 ⁰⁰	15 ⁰⁰	21 ⁰⁰	28 ⁰⁰	bis	68 ⁰⁰ M.
Neuheiten in Herren-Paletots	11 ⁰⁰	14 ⁰⁰	20 ⁰⁰	26 ⁰⁰	bis	48 ⁰⁰ M.
Jünglings-Anzüge und Paletots	8 ⁰⁰	11 ⁰⁰	15 ⁰⁰	21 ⁰⁰	bis	38 ⁰⁰ M.
Knaben-Anzüge und Pyjacks	2 ⁵⁰	5 ⁰⁰	8 ⁰⁰	11 ⁰⁰	bis	24 ⁰⁰ M.

Konfirmanden-Anzüge in Kammgarn, Cheviot, Diagonal, Satin, Drapè usw. 9⁷⁵ 15⁰⁰ 19⁵⁰ 26⁰⁰ 31⁰⁰ 35⁰⁰ M. usw.

Berufskleidung für jedes Gewerbe.

Spille & v. Lühmann.

Lübeck's grösstes Spezialgeschäft.

VICTORIA RÄDER



Vertreter: Heinrich Körner, Lübeck, Große Burgstraße.

An das geehrte Publikum Lübecks und Umgebung!

Schon seit langer Zeit sind in Deutschland die Preise für erstklassiges Schlachtvieh, als Ochsen, Kälber, Hammel, in letzter Zeit auch für Schweine, fortwährend gestiegen und stehen gegenwärtig die Verkaufspreise für erstklassige Fleischwaren in keinem nutzbringenden Verhältnisse zu den hohen Viehpreisen.

Der Unterfertigte ist daher gezwungen, die Preise für sämtliche Fleisch- und Wurstwaren zu erhöhen und bittet das geehrte Publikum um gefl. Kenntnisnahme und Bewilligung der um das notwendigste Maß zu erhöhenden Preise.

Verein Lübecker
Fleischer u. Wurstmacher e. V.

Lübeck, im März 1912.

Geb Brüder Barg

Kohlmarkt 5. Fernsprecher 1739.

1. Stock: Grosses Spezial-Lager
in fertigen

Herren- und Knaben-Garderoben.

Durch Einführung von Neuheiten bedeutende Vergrößerungen in der Auswahl.

Herren-Anzüge

15, 20, 30, 50 Mk. usw.

Herren- und Jünglings-Anzüge

blau Cheviot, in ein- und zweireihiger Form

12, 18, 22, 29, 35 Mk. usw.

Herren-Anzüge

dreihäufiger Gehrock

39, 47, 55, 59 Mk. usw.

Jünglings-Anzüge

in den modernsten Formen

25, 35, 45 Mk. usw.

Frühjahrs- und Sommer-Paletots

16, 25, 35 Mk. usw.

Buckskin- und gestr. Kammgarn-Herren-Beinkleider

4.50, 6.75, 12, 15 Mk. usw.

Herren- und Jünglings-Buckskin,

Cheviot- und Kammgarn-Jacketts

Loden-Joppen, Loden-Pelerinen

in allen Größen und Preislagen.

Knaben-Anzüge

Knaben-Blusen, -Beinkleider, -Pyjacks,

ferner **Höschchen** mit und ohne Leibchen

in großer Auswahl.

Rote Rabattmarken oder 4 Prozent in bar.

Rheinperle SOLO

Margarine, die Elitemarken der Branche ersetzen

Feinste Butter

Holl. Marg. Werke, Jürgens & Prinzen G.m.b.H. Goch, Rhld.

	Dam.-Uhren, Silb., 8 M.
	Herr.-Uhren, Silb., 9 M.
	Uhreinigen . . . 1 M.
	Neue Feder . . . 75/8
	A. Matern,
	Lübeck, Beddergrube 43
	gegenüber Ralabergs
	Variété, früher Puls.



Herren-Hüte

steife und weiche, schwarz und farbig, größte Auswahl, billige Preise.

Konfirmanden-Hüte.

E. Hirsekorn, Lübeck, Sandstr. 20.

Rote Rabattmarken.

Käse-lager

Schlumacherstr. 12 Große Bötte
Lübeck
Detail-Verkauf auf der Diele.

Zum englischen Bergarbeiterstreik.

Der Kampfplatz ist nach dem Scheitern einer gemeinschaftlichen Konferenz ins Parlament verlegt worden, wo Dienstag der Premierminister die Minimallohnfrage für den Bergbau einbrachte, die noch diese Woche Gesetz werden soll. Die Vorlage ist ein epochenmachendes Dokument, das der Ausgangspunkt einer höchst wichtigen sozialen Entwicklung sein wird. Dann mag der englische Premierminister auch seine Gefolgschaft mit der Behauptung trösten, daß die Vorlage nur eine zeitweilige Maßnahme sei und daß niemand, der für sie stimmt, das Prinzip des Minimallohnes anzuerkennen brauchte, die Tatsache bleibt bestehen, daß das englische Parlament den Bergarbeitern das Recht auf einen Minimallohn zuerkennt und den Unternehmern verbietet, einen Arbeiter zu einem geringeren Lohne zu beschäftigen, als dem festgesetzten Mindestlohn. Was den Bergarbeitern, die zu den am besten entlohnten Arbeitern Großbritanniens gehören, recht ist, muß anderen, schlechter entlohnten Arbeitern billig sein.

Das Gesetz soll nur ein Versuch sein und nur drei Jahre Gültigkeit haben. Der Kern der Vorlage besteht darin, daß in jedem Distrikt ein aus einer gleichen Zahl Arbeiter- und Unternehmervertretern gebildetes Komitee (das schon bestehende Einigungsamt) oder dessen Vorsitzender (Schlichter) einen individuellen Minimallohn festsetzt, dessen Bezahlung der Arbeiter auf gerichtlichem Wege erzwingen kann. Geldstrafen bei Nichterfüllung der Bestimmungen sind jedoch nicht vorgesehen. Die Vorlage hat nur Bezug auf die unter Tage beschäftigten Bergarbeiter.

Die Vorlage besteht aus sechs Klauseln. Die erste Klausel bestimmt, daß in jedem Arbeitsvertrag die Bezahlung des Minimallohnes eine stillschweigende Voraussetzung ist. Es sei denn, daß der Arbeiter durch die Distriktsstatuten, die wie der Minimallohn von den Distriktsämtern festgesetzt werden, von dem Minimallohn ausgenommen ist. Die Vorlage legt nichts Bestimmtes in Bezug auf diese Distriktsstatuten, außer, daß kranke und alte Arbeiter nicht unter die Bestimmungen des Gesetzes fallen sollen. Allgemein schreibt die Vorlage vor, daß die Statuten Bestimmungen über die Regelmäßigkeit und Wirksamkeit der zu leistenden Arbeit enthalten müssen. Ein Arbeiter verliert das Recht auf einen Minimallohn, wenn er diese Bestimmungen nicht einhält, außer wenn sich das Einhalten der Bestimmungen seiner Macht entzieht. Ferner müssen in den Distriktsstatuten Bestimmungen enthalten sein über die Entscheidung der Frage, ob ein Arbeiter berechtigt ist, den Minimallohn zu beziehen, oder ob ein Arbeiter den Bestimmungen der Statuten zuwidergehandelt hat, und des Minimallohnes verlustig erklärt werden soll. Die Klausel bestimmt ferner, daß der Minimallohn vom Tage des Inkrafttretens des Gesetzes bezahlt werden muß, ob zu der Zeit die Höhe des Minimallohnes festgesetzt ist oder nicht; der Arbeiter kann nachher die etwaigen Differenzen auf gerichtlichem Wege einbringen.

Die zweite Klausel befaßt sich mit der Zusammenfassung der Distriktsämter, die vom Handelsministerium anerkannt werden müssen und die wohl aus den schon bestehenden Einigungsämtern gebildet werden. Der Vorsitzende dieser Ämter soll eine unabhängige Person sein, die von beiden Parteien ernannt wird oder vom Handelsminister, sollten sich die beiden Parteien nicht einigen können. Das Gesetz schreibt vor, daß in diesen Ämtern Arbeiter und Unternehmer getrennt stimmen, und daß

der Vorsitzende die ausschlaggebende Stimme hat. Das Distriktsamt legt den Minimallohn fest und bestimmt seine eigenen Statuten, die beide für alle Untertagsarbeiter und für den ganzen Distrikt Gültigkeit haben, es sei denn, daß das Amt für gewisse Gruben oder Arbeiterkategorien besondere Minimallohnsätze oder Statuten festsetzt.

Die dritte Klausel gibt den Distriktsämtern die Macht, den Distrikt in kleinere Bezirke einzuteilen oder sich mit anderen Ämtern zu größeren Distriktsämtern zu verbinden. Die Minimallohne oder die Statuten können verändert werden zu irgend einer Zeit, wenn beide Parteien es wünschen, oder nach einem Jahre mit dreimonatiger Kündigung nach Ablauf des Jahres.

Die vierte Klausel gibt dem Handelsminister das Recht, eine Person zu ernennen, die an Stelle des Distriktsamtes handelt, wenn zwei Wochen nach dem Inkrafttreten des Gesetzes ein Distriktsamt vom Handelsministerium nicht anerkannt worden ist. Wenn ein Distriktsamt fünf Wochen nach dem Inkrafttreten des Gesetzes seine Pflichten nicht erfüllt hat, soll der Vorsitzende des Amtes Minimallohn und Statuten festsetzen. Die Frist von fünf Wochen kann aber auf Verlangen der Mitglieder oder des Vorsitzenden des Amtes verlängert werden.

Die Klauseln 5 und 6 befaßen sich mit der Definition der Worte Grube und Arbeiter, mit dem Namen des Gesetzes und der Gültigkeitsperiode (drei Jahre, wenn nicht das Parlament anders entscheidet.) In einer Anlage werden 21 Distrikte angeführt, für die Ämter gebildet werden müssen.

Bei der konservativen Opposition hat die Vorlage heftigen Widerspruch hervorgerufen.

Die Bergarbeitervertreter, die Mittwoch in London eine Konferenz abhalten, um die Vorlage zu prüfen, sind keineswegs enthusiastisch. Eine Anzahl wichtiger Änderungen müssen vorgenommen werden, ehe die Bergarbeiter der Vorlage zustimmen können. Die Bergarbeiterkonferenz wird wahrscheinlich verlangen, daß die von den Bergarbeitern geforderten Minimallohnsätze der Vorlage einverleibt werden. Mindestens aber werden die Arbeiter darauf bestehen, daß die festzusetzenden Minimallohne auf keinen Fall niedriger sein dürfen, als die bestehenden Distriktslohnsätze. So lange die Vorlage nicht in ihrer endgültigen Gestalt vorliegt, können die Arbeiter nicht beschließen, ob sie das Gesetz annehmen und zur Arbeit zurückkehren wollen.

Wirkungen der Kohlenkrise auf Schifffahrt und Verkehr in England.

In den letzten Tagen hat sich die Zahl der auflegenden Schiffe in den hauptächlichsten Kohlenhäfen noch vermehrt. So gab es in Hull, Grimsby und Goole zusammen über 50 größere Dampfer und nahezu 100 Fischdampfer ohne Dampf. Über 10 000 Mann sind arbeitslos. Der Verkehr zwischen Grimsby und Gothenborg (Schweden) wurde eingestellt, gleichfalls der Passagierverkehr von Southampton nach den französischen Häfen Honfleur, St. Malo und Cherbourg. In Manchester Liverpool, Cardiff, Bristol, Newcastle und Glasgow sind ebenfalls Hunderte von Hafenarbeitern außer Arbeit. Die Schiffsverwerft von Southampton läßt nur noch drei Viertel Zeit arbeiten; 1300 Mann werden davon betroffen. Wie stark der Kohlenarbeiterstreik auf den Eisenbahnverkehr eingewirkt hat, ergibt sich aus einer Aufstellung von 13 Eisenbahngesellschaften, die eine Mindereinnahme von nahezu 10 Millionen Mark aufweist. Daß sobald noch keine Änderung in der gegenwärtigen Situation erwartet

wird, geht aus einer Maßnahme hervor, die von der National Transport Workers Federation getroffen wurde. Es wurden nämlich für die Stadt und den Hafen von London, wie auch für andere wichtige Handels- und Schiffsahrtzentren der Provinz, so in Liverpool, Newcastle, Glasgow, Southampton, Cardiff usw. besondere Distriktskomitees gebildet, die alle Vorbereitungen zu treffen haben, die, wenn von den Bergarbeitern Hilfe verlangt wird, sofort in Aktion zu treten haben. In diesem Falle soll das Lösen und Laden von importierten oder während des Streiks geförderten Kohlen eingestellt werden.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“

Berlin, den 22. März 1912.

33. Sitzung, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Dr. Delbrück.

Die zweite Beratung des Etats des

Reichsamts des Innern

wird fortgesetzt beim Kapitel

Kanalamt.

Legien (SD.): Für die Arbeiten am Nord-Ostsee-Kanal sind wiederum zahlreiche ausländische Arbeiter herangezogen worden, obwohl einheimische in genügender Menge vorhanden waren. Auch die deutschen Arbeiter werden aus allen Teilen des Reiches herangezogen. Auch die Unfallgefahr beim Kanalbau ist gestiegen. 1910 kamen 17 Unfälle vor, darunter 4 tödliche. 1911 dagegen 40 Unfälle, darunter 15 tödliche. (Hört, hört! bei den Soz.) Ein weiterer Mißstand ist, daß das Kanalamt verlangt, alle Arbeiter, die keinen eigenen Hausstand haben, sollen in Baracken wohnen. Dazu fehlt dem Kanalamt jedes Recht; die Baracken sind errichtet, nicht um die Arbeiter zu kasernieren, sondern um dem Wohnungsmangel abzuhelfen. Bei den Waggerarbeiten sind die Arbeiterverhältnisse recht ungünstig. Die Unternehmer antworten auf Vorstellungen der Arbeiter abschlägig, weil sie mit Unterbilanz arbeiten; bei den Submissionen hatten sie Unterlagen vom Kanalamt bekommen, die wegen der zu schnellen Beendigung der Vorarbeiten unrichtig waren. Das Kanalamt sollte in solchen Fällen entgegenkommen, das liegt im Interesse der Unternehmer und Arbeiter. (Zustim. bei den Soz.)

Ministerialdirektor Jonquieres: Bei Beginn des Winters wurden 64 Proz. inländische und 36 Proz. ausländische Arbeiter beim Kanalamt beschäftigt. Dies Verhältnis ist völlig normal. (Sehr. Widerspruch b. d. Soz.) Sowohl wir können die polnischen Arbeiter beim Kanalbau nicht entbehren. 40 Unfälle bei 6000 Arbeitern ist keineswegs besonders viel. Der Barackenzwang war von vornherein in Aussicht genommen und ist nicht zu entbehren. Wenn die Unternehmer bei ihren Angeboten sich verrechnen, so kann das Kanalamt aus bloßen Billigkeitsgründen nachträglich Forderungen nicht anerkennen.

Waldstein (Vp.) klagt über die zu geringe Anzahl von Loosen im Kaiser-Wilhelm-Kanal.

Staatssekretär Dr. Delbrück betont, daß der Präsident des Kanalamts beauftragt ist, bei starkem Verkehr die erforderliche Zahl von Hilfsloosen einzuberufen.

Legien (SD.): Der Herr Ministerialdirektor sollte uns das Preisverhältnis zwischen inländischen und ausländischen Arbeitern auch für den Sommer angeben. Die Zahl der Unfälle könnte vermindert werden, wenn die Unfallvorschriften eingehalten in den Betrieben und ihre Durchführung kontrolliert würde. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Ein Recht, die Arbeiter zu zwingen, in den Baracken zu wohnen, besteht nicht, die Kanalarbeiter haben genau dieselben Rechte, wie alle anderen.

Ministerialdirektor von Jonquieres: Wir werden

Der Wilddieb.

Erzählung von Friedrich Gerstäcker.

(15. Fortsetzung.)

„Er hat nie von anderen Wilderern gekauft,“ sagte der Fremde ruhig, „denn was er brauchte, schloß er sich selber.“

„Da sind Sie im Irrtum,“ sagte der Affessor, ungeduldig werdend — „Kerdelmann war allbekannt ein schlechter Schütze und ging nie auf die Jagd. — Bitte, lassen Sie die alten Geschichten und kommen Sie zu dem, was Sie uns sagen wollten, denn damit verträdeln wir nur die Zeit.“

„Ich habe Sie ersucht, Herr Affessor, das zu Protokoll zu nehmen, was ich Ihnen hier mitteile“, entgegnete ruhig der Fremde — „ich spreche wie unter einem Eid und erzähle Ihnen nur Tatsachen.“

„Und ich habe es immer geglaubt“, murmelte der Besorgene vor sich hin und wußte in dem Augenblick kaum noch, daß er gefangen war. Auge und Ohr hing an dem Fremden und wie eine Ahnung ging es in ihm auf, daß ein Wendepunkt seines Schicksals eingetreten sei — zum guten oder schlechten? — bah, was da kam, mußte ja zum guten kommen; zum schlechten war es nicht mehr möglich!

„Und womit wollen Sie beweisen, was Sie hier sagen?“ fragte der Affessor, noch immer zweifelnd.

„Mit dem, was weiter folgt“, erwiderte der Fremde, „und bitte, unterbrechen Sie mich nicht mehr. Noch hab' ich die Kraft zu reden; aber mein Körper ist in der letzten Zeit aufgerieben und überspannt worden und — ich möchte meine Sinne beisammen halten. Ich wiederhole deshalb: jener Mann, der das Wirtshaus zum Roten Hirsch hielt, hat nie Wild von Wilderern gekauft, stand deshalb auch nie mit jenem Schöffel.“ — Nummer 34 murmelte der Unglückliche: — „in Verbindung.“

„Ob Schöffel damals selber noch gemilddiebt hat, weiß ich nicht, glaube es aber nicht, denn mit schlimmer List lockte er jenen Joseph Kerdelmann zu verleiten, ihm angeblich gestohlenes Wild abzutauschen. Kerdelmann wurde gewarnt — von wem kann ich nicht sagen, aber nicht von Schöffel selber. Doch auch ohne die Warnung hätte er sich ihm nicht abgetauscht, denn er mißtraute ihm gleich von

Anfang an, hatte den Menschen aber deshalb noch mehr als vorher, weil er die Hand dazu geboten, ihn vor Gericht zu bringen.“

„In jener Zeit war der Wirt fast jede Nacht draußen im Walde. Mit allen Schleichwegen bekannt, gelang es ihm leicht, die Wachsamkeit der im Anfang etwas schlaftrigen Jäger zu täuschen. Nur einer, jener Meier, war fleißiger als die übrigen, und weil er Schöffel für einen Wilderer hielt, suchte er diesen zu erwischen. Auf Kerdelmann hatte niemand Verdacht, eben weil sich dieser absichtlich für einen schlechten Schützen ausgab und nie öffentlich mit auf die Jagd ging.“

„Aber woher wissen Sie das alles?“ fragte der Affessor, zu den erregten Zügen des Redenden erstaunt aufsehend.

„Kerdelmann“, fuhr der Fremde ruhig fort, ohne die Frage zu beantworten, „war denn eines Nachts heimlich hinausgegangen, ein Stück Wild zu schießen. Er wußte, daß der Jostgehilfe Meier im Wald umherpionierte, aber durch seine bisherigen glücklichen Erfolge tollkühn gemacht, lachte er der Gefahr, der er schon zu begegnen hoffte. Da er die Beschaffenheit des Wildes genau kannte, brauchte er dabei nicht viel Zeit mit Witschen zu verlieren, auch verringerte er die Gefahr, entdeckt zu werden, indem er sich ruhig an den Rand eines Dickichts auf den Anstand legte.“

Es war schon ziemlich kalt, aber geduldig saß er, bis der Mond hell aus den Wolken trat und nun auch nicht lange nachher ein Rudel Wild über einen offenen Schlag vertraut herüberkam. Nur etwas höher als gewöhnlich hielten sie sich in dieser Nacht, und der Wildschütz, als er merkte, daß sie nicht in Schußnähe von ihm kommen wollten, schlich etwas weiter im Dickicht hinaus, nahm, als das Rudel langsam dort vorüberzog, eine gelte alte Gais aufs Korn und schloß sie aufs Blatt, daß sie in ihrer Fährte verendete. — Er fehlte fast nie.“

„Kerdelmann?“ küsterte der Gefangene, und sein ganzer Körper zitterte vor innerer Bewegung, die Augen traten fast aus den Höhlen, die Hände hatte er bebend vorgestreckt, und jedes Wort verklang das gierig laufende Ohr.

„Aber woher um Gottes willen, wissen Sie das alles?“ rief der Affessor noch einmal. Ich begreife gar nicht.“

Der Fremde winkte ihm mit der Hand, zu schweigen, und so stier, so geisterhaft war dabei sein Blick, daß der erschrockene Affessor die Frage nicht wiederholte, denn aufs neue

drängte sich ihm der Verdacht auf, daß er es mit einem Wahnsinnigen zu tun habe.

„Das alte feiste Tier war zusammengebrochen und lag langgestreckt am Boden“, fuhr der Fremde mit ruhiger, monotoner Stimme fort, „aber der Schuß hatte ein so donnerndes Echo in den Bergen gefunden, daß der Wildschütz sich nicht gleich auf die offene Höhe hinaus getraute. Das andere Rudel war schon lange zum Kamm des Berges hinaufgezogen. Totenstille herrschte wieder im Wald, und noch immer lag er vorsichtig lauend auf der Wacht, ob der Knall nicht seinen Feind, jenen Meier, herbeiführen würde. Aber alles blieb ruhig — kein Schritt im Laub, kein knirschender Ast verriet, daß noch ein lebendes Wesen außer ihm dort draußen sei.“

„Da endlich, als er sich vollkommen sicher fühlte, glitt er hinaus auf den Schlag, um das Stück Wild in die Kleberdichtung hinein zu holen.“

Der Fremde schwieg einen Augenblick und starrte vor sich nieder. — Schöffel war unwillkürlich einen Schritt vorgetreten, sein von ihm abgewandtes Gesicht besser sehen zu können, und selbst der Affessor starrte ihn jetzt in wachsender Spannung an. Der fremde Mann war jedenfalls in einer ganz unnatürlichen Aufregung, und er selber neugierig geworden, wo er hinaus wolle. Daß er sich übrigens mit jenem Kerdelmann irre, davon fühlte sich der Affessor überzeugt, denn er selber als damaliger Altuar Bellert hatte den Prozeß geführt und mußte natürlich am besten wissen, wie die Sachen standen.

„Als Kerdelmann“, fuhr endlich der Fremde fort, „das Dickicht schon fast erreichte — er war kaum vier oder fünf Schritte davon entfernt — donnerte ihm plötzlich ein lautes „Dalt!“ entgegen — halt! — er hat den Anruf nie verstanden können, sein ganzes übriges Leben lang — und ein Jäger, das Gewehr im Anschlag, stand vor ihm — er war verloren. — Seine eigene Büchse lehnte im Busch, gerade an derselben Stelle, wo jener stand, und er befand sich also rettungslos in der Gewalt des Feindes. — Es war jener unglückliche Meier, den sein böser Stern zu jener Zeit herbeigeführt, und Kerdelmann kannte und — hatte ihn. — Wie er ihn nachher überlistete, bleibt sich gleich, aber als er ihm vergebens Geld und gute Worte geboten, ihn ungestraft ziehen zu lassen, machte er ihn so weit sicher, daß er ihm half, das im ersten Schreck abgeworfene Wild wieder auf die Schulter zu heben, um es ins Dorf hinauszutragen.“

(Fortsetzung folgt.)

die Kanalverwaltungen nochmals anweisen, die Einhaltung der Unfallverhütungsvorschriften zu kontrollieren.

Das Kapitel wird genehmigt.
Es folgt das Kapitel

Aufsichtsrat für Privatversicherung.

Hierzu liegt eine Resolution Albrecht (SD.) und Genossen vor, die die Vorlegung eines Gesetzentwurfes verlangt, durch den die sogenannte Abonnentenversicherung verboten wird.

Haupt (SD.): Über den Unfug der Abonnentenversicherung ist hier schon wiederholt gesprochen und speziell der Abg. Wiesbert hat sich sehr entschieden dagegen geäußert. Freilich macht gerade die Zentrumspresse diesen Unfug mit. Der Staatssekretär des Reichsjustizamtes erklärte damals, daß ankündigende literarische Unternehmungen sich damit nicht beschäftigen können. Da nun fast alle bürgerlichen Blätter aus Geschäftsrücksichten diesen Unfug mitgemacht haben, so ist schließlich nur noch die sozialdemokratische Presse zu den ankündigenden literarischen Unternehmungen zu zählen. Der Staatssekretär stellte, wenn nichts anderes übrig bleibe, geschäftliches Einschreiten in Aussicht. In 4 Jahren ist aber nichts erfolgt. Viele Verleger erklären, daß sie von der Konkurrenz gezwungen den Unfug mitmachen. Die „Essener Volksztg.“ ein Zentrumsblatt, bezeichnet die Einführung dieser Versicherung sogar als eine soziale Tat. (Hört, hört! b. d. Soz.) Zweimal wurden hier im Reichstage Anträge des Zentrums angenommen, wonach die Regierung die Abonnentenversicherung nicht zulassen sollte, 1911 auch ein Antrag Wassermann, der eine Denkschrift darüber forderte. Da sollte man doch meinen, daß die Klänge der Gesetzgebung schneller in Bewegung gesetzt würde. Die Postbehörde zieht mit dem Bestellen der Zeitung auch die Versicherungsräume von den Abonnenten ein. Ministerialdirektor Dr. Caspar hat hier erklärt, in nennenswerten Umfange seien Mißstände überhaupt nicht vorhanden. Das zeugt von einer großen Weltfremdheit auf einem Gebiete, wo Tausenden die Großchen aus der Tasche gezogen werden, wofür sie gar nichts bekommen. Die meisten der Versicherten sind auch viel zu unerfahren, um ihre Ansprüche im Rechtswege geltend zu machen. Das über muß an der Wurzel ausgerottet werden. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Um wieviel Hoffnungen und Willkuren die Versicherten betrogen sind, entzieht sich der Kenntnis des Herrn Ministerialdirektors, wie er selbst erklärte. Gegen die Abonnentenversicherung hat sich auch der Verein der deutscher Zeitungsverleger ausgesprochen. Uns bewegen nicht einseitige Motive, etwa Konkurrenzrücksichten, sondern wir fühlen uns verpflichtet, dafür zu sorgen, daß nicht unter dem Deckmantel der Wohlfahrt einzelne Unternehmer sich die Taschen füllen. (Lebh. Beif. b. d. Soz.)

Staatssekretär Dr. Delbrück erklärt, daß das Material von den Bundesstaaten jetzt eingegangen sei, und daß er bald an die Ausarbeitung der Denkschrift gehen werde. Hoffentlich werde Reichstag und Regierung bald zu einer Verständigung darüber kommen, ob ein gesetzliches Eingreifen nötig ist.

Dr. Marcour (Z.): Nur wenige bürgerliche Blätter betreiben diese Versicherung wegen der Konkurrenz der parteilosen Blätter. Ich freue mich, daß nun endlich eine Denkschrift vorgelegt werden soll, aber die Volksversicherungen bringen dieselben Schäden mit sich wie die Abonnentenversicherung. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Werner (Ant.): Besondere Aufmerksamkeit sollte das Amt der Fusion von Versicherungsgesellschaften zuwenden. Ministerialdirektor Caspar erwidert, es habe an dieser Kontrolle nicht gefehlt.

Die Resolution Albrecht wird angenommen.

Einmalige Ausgabe.

Beim Titel „Beitrag zur Herausgabe des deutschen Handwerksblattes 8000 Mk.“ befürwortet

Bügel (M.): eine Resolution auf Erhöhung des Reichszuschusses auf 10 000 Mk., sowie auf Verbreitung des Blattes innerhalb der Staatsbehörden.

Baull-Hagenow (R.) stimmt dieser Resolution zu. Der Titel und die Resolution werden angenommen. Beitrag zu den Unterhaltungskosten einer Anstalt für die Säuglingssterblichkeit 60 000 Mk.

Bühner (SD.): Es wird der Regierung nicht unbekannt sein, daß in Deutschland schon seit einer ganzen Reihe von Jahren ein Rückgang der Geburtenziffer zu verzeichnen ist. Deutschland steht außer Ruhm und Hysterie in der Säuglingssterblichkeit an erster Stelle. (Hört, hört! bei den Soz.) Vorläufig ist unsere Säuglingsfürsorge noch in den Anfängen. Behörden und Kommunen suchen ihre Ursache aufzudecken und stellen Mittel zu ihrer Bekämpfung bereit. Berlin allein hat nahezu eine halbe Million in den Gassen zu diesem Zweck eingekesselt. Als wir vor Jahrzehnten 30 000 Mark hierzu forderten, wurden wir von den bürgerlichen Parteien verlacht und verhöhnt. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Anstalt, für die hier 60 000 Mk. ausgeworfen sind, bekämpft die Säuglingssterblichkeit nicht bloß theoretisch sondern auch praktisch. Es ist mit ihr eine Entbindungsanstalt sowie ein Säuglingsmutterheim verbunden. Es werden Stillprämien für Mütter ausgesetzt und es hat sich herausgestellt, daß 90 Prozent der Mütter in der Lage sind, ihre Kinder selbst zu stillen, wenn sie nur genügend Ruhe, Pflege und Nahrung haben. Für die Anstalt in Charlottenburg werden auch 200 000 Mk. Zuschuß von der privaten Wohltätigkeit geleistet. Das hängt jedenfalls damit zusammen, daß sie unter dem Protektorat der Kaiserin steht. Wir meinen, daß das Reich die Kosten für diese Anstalt zu übernehmen hätte. Sie sollte dem Reichsgesundheitsamt unterstellt werden. Im Interesse des Volkswohls ist der Staat verpflichtet zur Stärkung der Nation genügend Mittel aufzubringen. Alles Material für eine gute Säuglingspflege sollte den schon bestehenden Säuglings- und Mutterheimen zur Verfügung gestellt werden. Wir sind bereit, im nationalen Interesse auf diesem Gebiete alles zu bewilligen. (Sehr gut! bei den Soz.) Das ist wichtiger als neue Schiffe und Kanonen. (Sehr gut! bei den Soz.) Trotzdem die Sterblichkeit in Deutschland etwas zurückgegangen ist, sterben noch nahezu eine halbe Million Kinder in einem Jahr. Das bedeutet ein Raubbau an unserem Volksvermögen. Wenn in den Großstädten ein geringer Rückgang der Säuglingssterblichkeit zu verzeichnen ist, so liegt das zweifellos an dem Rückgang der Geburtenziffern. Am höchsten ist nach einer Statistik von 43 Städten mit zusammen 13 1/2 Millionen Einwohner die Säuglingssterblichkeit in dem früheren Hippodrom mit 44 Prozent, am niedrigsten in Wiesbaden mit 14 pro Tausend. Diese Tatsache beweist, daß das soziale Elend der Eltern, die Unterernährung schuld an der großen Säuglingssterblichkeit ist. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Unzählige sind die Frauen, die durch die Arbeit in der Fabrik, durch das Stehen am Waschfaß sich schwere Unterleibsleiden zuziehen. Nach dem Gesetz sollen die Frauen 6 Wochen vor der Niederkunft nicht beruflich tätig sein. Aber die Frauen verschmähen vielfach ihren Zustand, weil sie den Lohnausfall nicht ertragen können. Fast 4 Millionen Frauen sind im Hauptberuf tätig, nur der Not gehorchend, nicht dem eigenen Erbe. Das Wort „Die Frau gehört ins Haus“ kann heute nur noch jemand gebrauchen, der die Verhältnisse nicht kennt. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Leider haben wir in Deutschland noch keine amtliche Arbeitszeit für die Frauen,

10, 11 und 12 Stunden darf der Arbeitgeber arbeiten lassen. Vom Kaiserin-Viktoria-Haus ist im Jahre 1909 eine Festchrift herausgegeben worden, in der als ein Grund für die hohe Säuglingssterblichkeit auch das Anwachsen der Industrie angegeben ist, weil die Frauen in die Fabriken geführt werden und so das Selbststillen der Mütter unterbunden wird. 1890 wurden in Berlin noch 50,7 Prozent der Kinder gestillt, 1895 nur noch 48 Prozent, und 1900 sogar nur noch 32,5 Prozent, also weniger als ein Drittel. Auch der Vorstand des vaterländischen Frauenvereins ruft in seinem Merkblatt den Frauen zu, jeder Tropfen Muttermilch macht das Kind widerstandsfähiger gegen Krankheit. Aber für die Arbeiterfrauen ist das nur Theorie, die Arbeiterfrauen und Mädchen müssen ihre eigenen Kinder in Pflege geben und sich selbst als Ammen verdienen, um ihre Kraft für klingendes Geld anderen zu geben. Da hat der Dichter recht, wenn er sagt: „Es trinkt das fremde blasse Kind die zehnte Milch von unseren Frauen; doch wenn sie groß geworden sind, sind sie zu stolz, uns anzuschauen.“ Für die Frauen hat das Deutsche Reich nichts übrig, man macht wohl Eierschuhgesetze, aber unsere Anträge zum Schutze für Mutter und Kind sind hier stets abgelehnt worden. Der Abg. Erzberger soll unlängst gesagt haben, wenn eine Dienstmagd, die ein uneheliches Kind trage, sich auf Kosten der Krankenkasse ins Bett lege, so würde ihr das so gut gefallen, daß die Sache im nächsten Jahr wieder passiert und noch öfter. Deshalb hätte das Zentrum bei der Reichsversicherungsordnung unseren Antrag auf Gewährung von Stillprämien ablehnen müssen, um die Stilligkeit hoch zu halten. (Lachen bei den Soz.) Wir erwarten von der Regierung, daß sie unsere Anträge benußt. Es liegen eine Fülle theoretischer und praktischer Aufgaben vor, deren Lösung sie nicht den Kommunen überlassen darf, sondern sie selbst muß in Zukunft mehr tun für Mutter und Kind. (Beifall bei den Soz.)

Heyn (Sp.): Seit 80 Jahren ist die Säuglingssterblichkeit in Preußen und Deutschland gestiegen und ist größer als in anderen Ländern, speziell auch auf dem Lande. Die preussischen Provinzen mit größter Säuglingssterblichkeit zeigen auch die größte Kindersterblichkeit. Wir sollten nicht eine Wirtschaftspolitik treiben, die die Ernährung und Erzeugung von Kindern gefährlich und unmöglich macht. Sehr wichtig ist eine bessere Ausbildung der Hebammen in Kinderpflege und Säuglingsheimen. Solche Heime sind eine Notwendigkeit namentlich für die Pflege der unehelichen Kinder und Mütter. Es müssen Berufsvormünder für alle unehelichen Kinder geschaffen werden. Möge es der Regierung gelingen, im nächsten Jahre die 60 000 Mk. für diese Zwecke mindestens zu Verzehnfachen. (Bravo! links!)

Dr. Paasche (M.): Es handelt sich hier um eine ernste Frage, an der keine Partei vorübergehen kann. Wir müssen alles tun, um die Ursachen der Säuglingssterblichkeit zu beseitigen. Die Hauptsache ist Aufklärung der Mütter über die Gefahren, die dem Kinde drohen und über die Mittel dagegen. (Bravo.)

Dr. Arendt (M.): Ein solches Lehrinstitut, wie es hier aus der privaten Wohltätigkeit geschaffen worden ist, sollte auch in den Provinzen errichtet werden.

Damit schließt die Debatte. Erzberger (Z.) verwahrt sich dagegen, daß er den vom Abgeordneten Büchner zitierten Ausspruch getan habe. Der Titel wird bewilligt.

Zum Titel der Förderung und Bekämpfung der Tuberkulose begründet

Kleinath (B.) eine Resolution, die zur erfolgreichen Bekämpfung der Tuberkulose die Bereitstellung weiterer Geldmittel und gesetzliche Maßnahmen fordert, die die Desinfektion verletzter Wohnungen sicherstellen.

Der Titel wird bewilligt, ebenso die Resolution und der Rest der Einmaligen Ausgaben.

Im außerordentlichen Etat werden zur Förderung des Kleinwohnungsbaues 4 Millionen Mark gefordert.

Hierzu liegen Anträge der Sozialdemokraten, des Zentrums, der Nationalliberalen und Polen vor, die ein Reichswohnungs-gesetz verlangen, der Antrag der Sozialdemokraten außerdem Normativbestimmungen für die Beschaffenheit der Wohnungen und die Durchführung der Wohnungsinspektion, sowie Schaffung eines Reichswohnungsamtes.

Die Kommission beantragt Einsetzung einer Kommission von 21 Mitgliedern zur Beratung aller dieser Anträge.

Hofrichter (SD.): Bis weit in die Kreise des Mittelstandes machen sich die Gefahren der Mißstände des Wohnungswesens bemerkbar. Vor allem besteht ein Mangel an brauchbaren Kleinwohnungen, eine Wohnungsnot. Die Mieten sind zu hoch, die Wohnungen vielfach ungesund. Die Erhebungen der Daus- und Grundbesitzer darüber sind vielfach irreführend. Neben der Zahl der Wohnungen müssen solche Erhebungen auch Auskunft über den Kubinhalt der Zimmer, die Zahl der Bewohner, ihr Alter, ihr Geschlecht, ob sie zur Familie gehören, ob sie die Räume auch als Arbeiterräume benutzen müssen, über sanitäre Verhältnisse, Höhe der Miete und deren Verhältnisse zum Einkommen geben. Dann bekommen wir entscheidende Bilder über das Wohnungselend auch in kleinen Orten und auf dem platten Lande. Ich erinnere an das bekannte Wort des Kaisers: Im Osten sind die Viehhäute zum Teil besser als die Wohnräume! Ich verweise auf das bekannte Elend in der Heimindustrie, selbst die Regierung sagte in ihrem Entwurf eines Wohnungs-gesetzes, es kann nicht bezweifelt werden, daß im Wohnungswesen auch außerhalb der Industriebezirke erhebliche Mißstände herrschen, und der Zentrumsabgeordnete Jaeger meint: der Mietpreis steigt verhältnismäßig je kleiner, je schlechter die Wohnung ist. Die zu hohen Mieten drücken die Lebenshaltung herab. Die Bevölkerung leidet unter der doppelten Ausbeutung durch die Agrarier und die Haus-agrarier, für die untere Bevölkerung kommt bei der Wahl der Wohnungen nicht mehr die Größe der Familien in Frage, sondern lediglich der Preis. Daher die Überfüllung der Wohnräume, in denen unsere Jugend aufwächst. Uns werfen Sie vor, wir zerstören die Familie, aber unter solchen Wohnungsverhältnissen kann sich ein Familienleben nicht entwickeln. Die große Säuglingssterblichkeit ist hier beklagt worden. Die überfüllten Wohnungen sind ihre Ursache. Auch die Tuberkulose findet dort ihren Nährboden. Mit rührender Sorgfalt wacht die Regierung, daß die Gesundheit des Volkes durch die Einfuhr ausländischen Fleisches nicht gefährdet wird. Würde sie der Wohnungs-fürsorge nur einen geringen Teil dieser selben Aufmerksamkeit zuwenden, so wäre der Erfolg größer. Schon 1904 bezeichnete ein Staatssekretär die Wohnungsfrage als eine Kulturfrage ersten Ranges, aber was ist inzwischen geleistet? So gut wie nichts. Sympathieerklärungen allein nützen nichts, man muß für ausreichende preiswürdige Wohnungen sorgen, und dazu ist ein gesetzliches Eingreifen notwendig. Einzelne Bundesstaaten sind ja schon vorgegangen, aber Preußen hat völlig versagt. Im Lande des Dreiklassenwahl-rechts war nichts anderes zu erwarten. Es zeigt sich hier, daß veraltete Gesetzesbestimmungen sich zu einer Gefahr in sittlicher und sanitärer Hinsicht auswachsen. Auch die Kommunen sind mit dem Dreiklassenwahlrecht und außerdem noch mit dem Hausbesitzerprivileg belegt. Nun verweist man auf die Baugenossenschaften. Die haben aber gar keinen Einfluß auf die kommunale Bodenpolitik, die Grenzen ihrer Wirkksamkeit sind eng gezogen. Dann fährt man die Arbeiterkolonien industrieller Werke an.

Im Ruhrgebiet sind diese Arbeiterkolonien blüht von allen Kulturerrungenschaften. Alle Stellen, man als Träger der Wohnungsreform in Anspruch nehmen haben versagt, deshalb muß das Reich gesetzgeberisch eingreifen. (Lebh. Zust. b. d. Soz.) Die Grundursache der Wohnungsmisere ist die ungesunde Spekulation, welche die Wohnungspreise und die Mietpreise in die Höhe treibt. Wenn es der Rechte und im Zentrum mit der Sorge um den Mittelstand ernst ist, müßten sie hier Wandel schaffen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Von hoher Bedeutung ist die Frage des Erdbaurechts. Hierüber wurde uns schon 1900 eine Denkschrift vorgelesen. Ich möchte den Staatssekretär fragen, wann wir dieselbe endlich zu erwarten haben. In dringender Bitte ich unserer Resolution zuzustimmen, damit wir bald ein Reichswohnungs-gesetz bekommen. (Beifall bei den Soz.)

Graf von Posadowsky (b. t. Fr.) tritt für, daß der Zinsfuß für Darlehn der Versicherungsanstalten für gemeinnützigen Zwecken von 8 auf 3 1/2 Prozent heraufgesetzt werden sei. Er fordert ein Reichswohnungs-gesetz.

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Sonntagabend 11 Uhr. Vorher Staatsnotgesetz und Budgetkonvention.

Bewerkshafsbewegung.

Nach dem Kampf im Ruhrrevier. Auch am Donnerstag geht die Arbeitsaufnahme im allgemeinen glatt vor sich. Einzelne Grubenverwaltungen lassen allerdings ihren Nachgegessenen freien Lauf, die Mehrzahl aber ist zufrieden, wenn sie ihre alten, eingearbeiteten Leute wiederbekommen. Ob die angedrohten sechs Strafschichten von den Zechenverwaltungen eingehalten werden, läßt sich noch nicht sagen. Die „Abn. Ztg.“ wußte zu melden, daß der Zechenverband beschlossen habe, die Zechenverwaltungen generell anzuweisen, die sechs Strafschichten in Abzug zu bringen; von anderer Seite wird diese Nachricht jedoch bestritten.

Einige Zechenverwaltungen gaben bekannt, daß, wenn der christliche Gewerksverein dies beantragen würde, vom Abzug der Strafschichten Abstand genommen würde. Fest steht jedenfalls, daß einige Zechen die Strafschichten nicht einbehalten werden.

Die auffallende Erscheinung, daß schon am Sonnabend voriger Woche und in den ersten Tagen dieser Woche in Castrop, Herne, Dortmund, Bochum Streikflüsterer zur Aburteilung gelangt sind, findet jetzt eine eigenartige Erklärung!

In Bochum ist festgestellt, daß den in Untersuchungs-haft befindlichen Streikflüsterern (wahrscheinlich allen) ein Formular zur Unterschrift vorgelegt wird, inhaltlich dessen der Untersuchende auf die einwöchige Frist verzichtet, die nach der Strafprozessordnung zwischen der Ladung und der Hauptverhandlung liegen muß.

In den meisten Fällen wissen die Leute nicht, welche Bedeutung der Verzicht auf dieses Recht hat, und so kommt denn, daß die Leute binnen wenigen Tagen abgeurteilt werden, ohne auch nur Gelegenheit oder Zeit gehabt zu haben, sich um Zeugen oder einen Rechtsbeistand umzusehen. Viele wissen auch nicht einmal, daß sie das Recht haben, Beweisanträge zu stellen.

So ist es denn zu verstehen, daß z. B. am Mittwoch ein junger Pole von der Bochumer Strafammer zu drei Monaten Gefängnis verurteilt werden konnte, nur auf das Zeugnis eines einzigen Kriminalschufmannes hin, während für die Tat, deren er bezichtigt war, etwa 10 Zeugen in Frage kamen, aber kein einziger geladen war. Der Angeklagte, der aus der Untersuchungs-haft vorgeführt wurde, mußte anscheinend nicht einmal, daß er die Ladung von Zeugen beantragen könne. Denn obwohl er unter Erdrücken beteuerte, daß er nicht gefügt: „Wert mit Steinen“, sondern: „Wert nicht mit Steinen“, stellte er keinerlei Beweisantrag, verzichtete sogar auf Befragen des Vorsitzenden auf das Recht der Revision. Vielleicht hat er sich dazu auch durch den Antrag des Staatsanwalts bestimmen lassen, der 9 Monate Gefängnis beantragt hatte!

In einer Streikfache erschien am Mittwoch vor der Bochumer Strafammer ein als Zeuge geladener Schufmann mit dem Karabiner. Frage des Vorsitzenden: Wozu bringen Sie die Waffe mit? Zeuge: Ich habe Ordre, daß ich überallhin den Karabiner mitnehmen soll. Vorsitzender: Auch vor Gericht? Zeuge schweigt.

Der Streit der Grubenarbeiter in Sachsen. Im Zwickauer Revier wächst der Streit fortgesetzt. Die Schreckschiffe der Bergherren haben nicht die erwartete, sondern die entgegengesetzte Wirkung gehabt. Auf dem Fallfächer hat der Streit weitere Ausdehnung erfahren. Auf Krinitz, wo man den Arbeitern drohte, ihnen die 6 Strafschichten abzugreifen, haben Freitag früh von den restlichen 300 Mann Belegschaft 250 die Arbeit eingestellt. Auf diesem Wert trägt man sich mit dem Gedanken, den Betrieb nun ganz einzustellen. Auf allen Zwickauer Schächten sind Freitag früh bedeutend weniger Arbeiter angefahren. Das Streikbureau, das Donnerstag die Namen von 5134 Streikenden in seinen Listen hatte, konnte Freitag schon 5400 melden. Die nationalen Arbeiter beginnen jetzt unter den Streikbrechern zu agitieren, um ihre Organisation zu stärken. Sie haben aber in einer Zusammenkunft, die von Pastoren und Landrichtern geleitet war, zugeben müssen, daß in Zwickau die niedrigsten Löhne von ganz Sachsen gezahlt werden. Auch die Werke liefern neue Belege für die Notwendigkeit der Bergarbeiterforderungen. Auf einem der größten Werke wurden im vorigen Jahre durchschnittlich 327 Schichten pro Person verfahren. Eine Arbeiterkategorie, die man schätzte, um der Öffentlichkeit weis zu machen, daß die Löhne der Bergarbeiter recht hoch stehen, hat durchschnittlich im letzten Jahre 890 Schichten verfahren. Das sind mehr Schichten, als das Jahr überhaupt Tage hat. Einige Arbeiter haben darunter über 400 Schichten verfahren. Aus dieser übermäßig angestrengten Arbeitsleistung geht am besten die Notlage der Bergarbeiterschaft hervor.

Wütiger Terrorismus gegen Streikende. In welcher brutaler und geradezu ungeheurer Weise die Grubenherren ihre Gewalt und ihren Haß gegen die Streikenden geltend machen, beweist ein Fall, der nicht scharf genug gebrandmarkt werden kann. Auf dem Rätterschacht in Zwickauer Revier arbeiteten seit langer Zeit Vater und Sohn; der Sohn besuchte die Bergschule seit beinahe vier Jahren und steht in kurzer Zeit vor dem Examen zum Steiger. Als der Streit Montag ausbrach, schloß sich auch der Vater an und streifte bis Mitte der Woche. Darüber war die Werksleitung so in Wut geraten, daß sie sich mit der Leitung der Bergschule in Verbindung setzte und erreichte, daß von dort aus dem Vater und dem Sohn die Pistole auf die Brust gesetzt wurde: Entweder der Vater fährt wieder zur Grube oder der Sohn flieht aus der Bergschule heraus. (Die Bergschule wird von den Werksunternehmern ausgehalten). Die Arbeiter werden alles aufwenden und haben das auch in der großen Versammlung gelobt, nun erst recht den Kampf zu erweitern.

Zur englischen Bergarbeiterbewegung. Aus London wird uns telegraphisch berichtet: Der Beschluß der Bergarbeiterkonferenz, auf Einverleibung eines allgemeinen Minimallohnes von 5 Schilling in die Regierungsverträge

zu betreiben, hat eine kritische politische Situation geschaffen. Die Regierung erklärte, sie könne die verlangten Minimallöhne nicht legalisieren; es ist unwahrscheinlich, daß sie in der weiteren Folge der Forderung der Bergarbeiter nachgibt. In der dritten Lesung wird die Arbeiterpartei die Aufnahme der Minimallöhne in die Vorlage wieder beantragen. — Walfords Rückkehr als Führer der Konservativen beeinflusst die Situation wesentlich. Er beantragte Donnerstag in der 2. Lesung Ablehnung der ganzen Vorlage, ließ aber durchblicken, daß die Konservativen, wenn die Vorlage in 2. Lesung angenommen werde, nicht mehr Widerstand zu leisten gedenken. Er versprach sogar, dann für den weiteren Ausbau der Vorlage mitzuwirken. Das deutet darauf hin, daß im Oberhaus die Vorlage angenommen werden wird. In der Nacht gegen 2 Uhr fand die Abstimmung statt, die zur Annahme des ganzen Entwurfs mit 348 gegen 228 Stimmen führte. Die Bergarbeitervertreter sind sehr entsetzt gegen die Vorlage in ihrer jetzigen Gestalt. Die letzte Konferenz der Bergarbeiterföderation, die sich mit der Vorlage befaßte, nahm drei Resolutionen an, in denen erklärt wird, daß kein Minimallohngesetz annehmbar sei, das nicht die geforderten Minimallöhne für Hauer, Schichtlöbner (5 Schilling) und Knaben (2 Schilling) festlege. Die Konferenz war einstimmig und entschied gegen die Minimallohnvorlage in ihrer jetzigen Gestalt. Die einzige Meinungsverschiedenheit betraf einen Passus der Resolution, der besagte, daß die Vorlage die Minimallöhne enthalten muß. Der Vorstand hatte das mildere „sollte“ vorgeschlagen. Charakteristisch für die Berichterstattung der bürgerlichen Presse in England ist die verbreitete, auf diesem Vorfall beruhende Nachricht, nach der große Differenzen in der Föderation zutage getreten sein sollen. Das ist nicht die erste Nachricht über die lang ererbte Spaltung im Lager der Bergarbeiter. Die Bergarbeiter sind der Ansicht, daß die Vorlage, wie sie eingebracht worden ist, die vorhandenen Schwierigkeiten nicht beheben würde, denn praktisch würden sie nicht als Schiedsgerichte angesehen werden können. Nach den Erfahrungen der letzten Monate sind die Bergarbeiter zu der Ansicht gekommen, daß sich die Unternehmer auch in den vorgeschlagenen gemeinschaftlichen Distriktsämtern mit ihnen einigen würden, und daß daher in allen Fällen der Vorstehende als Schiedsrichter den Minimallohn festlegen würde.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein fleischlicher Priester als Verbrecher. Die Geschworenen von Leeds verurteilten am Donnerstag den Priester Ferdinand Maria John Henry Daine von Sachsen und Braganza, einen Großonkel Dom Manuels, wegen eines schweren Verbrechens zu zehn Jahren Zuchthaus.

Aus Nah und Fern.

Folgen falscher Erziehung. Aus Berlin wird gemeldet: Der Sohn einer Handelsfrau aus der Urbanstraße stürzte sich aus Furcht vor einer Schulstrafe aus einem Fenster

der mittlerlichen Wohnung auf den Hof und erlitt eine schwere Gehirnerschütterung.

Der Prozeß der Witwe Herrmann. In der Schadensersatzklage, die die Witwe des von Polizeifreien getöteten Arbeiters Herrmann gegen die Stadt Berlin angehängt hat, fand am Donnerstag vor dem Landgericht abermals Termin statt. Die Verurteilung des Urteils wurde ausgesetzt.

Einsturzungsunfall in Leipzig. In der Würzburger Straße in Klein-Blücher ist, wie es heißt, infolge des starken Windes, ein Baugerüst eingestürzt. Von den zehn Arbeitern, die unter den Trümmern begraben wurden, ist keiner tot, doch sind sechs verletzt worden, darunter zwei sehr schwer. Ein zweites Baugerüst ereignete sich im nahen Engelsdorf. Wie von dort gemeldet wird, ist ein Erweiterungsbau der Betriebswerkstätte der Eisenbahn eingestürzt, wobei acht Personen unter den Trümmern begraben wurden. Drei derselben wurden schwer verletzt, vier andere leicht verletzt ans Tageslicht gezogen, während ein Verhütteter nur noch als Leiche geborgen werden konnte. Die Verunglückten wurden mittels Automobils nach dem Leipziger Krankenhaus geschafft.

Ein Dynamit-Verbrechen? Die bürgerliche Presse berichtet in langen Spalten über ein Dynamitverbrechen in Wicken-Asien im Bezirk Dortmund. Die Scharfmacherpresse steht natürlich keinen Augenblick an, das Verbrechen mit dem Streik der Bergarbeiter in Verbindung zu bringen. Das ist eine erbärmliche Niederträchtigkeit. Die Darstellung der bürgerlichen Bureau's muß mit großer Vorsicht aufgenommen werden. Tatsache ist, daß in der Nacht von Montag auf Dienstag in Ahlen etwa zu gleicher Zeit in den Häusern beziehungsweise im Flureingang der Häuser dreier arbeitswilliger Bergleute Dynamitpatronen zur Explosion gebracht sind. Außer Materialschaden — der in zwei Häusern unbedeutend ist — haben die Explosionen kein Unheil angerichtet. Ein organisierter Bergmann, der am Dienstag verhaftet wurde, ist wieder auf freien Fuß gesetzt, weil er sein Alibi nachweisen konnte. Jemandem Zusammenhang des Verbrechens mit dem Streik ist nicht nachgewiesen. — Nachdem sich herausgestellt hat, daß in Watenfeld zwei arbeitswillige Bergarbeiter auf einen Gendarm geschossen haben und dafür von diesem erschossen wurden, wird man allen derartigen Vorgängen mit berechtigter Skepsis gegenüberstehen müssen. Jedenfalls bedarf das Affäre Verbrechen noch bringend der Aufklärung.

Wahnsinnsstat einer Mutter. Die dreifäßige Gattin des Reisenden Albert Deizner in Wien hat sich in einem Anfall von Selbststörung mit ihren beiden Söhnen von drei und neun Jahren aus dem vierten Stockwerk auf die Straße gestürzt. Alle drei sind tot. Die Frau war seit längerer Zeit nervenleidend und lag zu Bett. Sie schickte die Krankenwärterin in ein Nebenzimmer und sagte ihrem neunjährigen Sohn Paul, sie werde sich mit dem drei Jahre alten Egon aus dem Fenster stürzen, er solle ihr nachspringen. Das Kind meinte verzweifelt. Die Mutter redete ihm jedoch zu und sagte ihm, allein werde er es bei seinem Vater nicht aushalten. Während das Kind noch überlegte, ging die Mutter ans Fenster, nahm den dreijährigen Sohn

auf den Arm und stürzte sich auf die Straße. Der neunjährige Knabe sprang sofort seiner Mutter und seinem Bruder nach. Diese beiden waren sofort tot. Der neunjährige Paul konnte noch eine genaue Schilderung des furchtbaren Vorgangs geben, dann starb er ebenfalls. Der Reisende Albert Deizner befindet sich zurzeit auf einer Geschäftsreise.

Das Grubenunglück in Mc. Curtin. Von den 116 eingeschlossenen Bergleuten sind bisher 28 gerettet worden. 81 wurden als Leichen geborgen. Wie weiter gemeldet wird, sind die von dem Grubenunglück bei Mc. Curtin (Oklahoma) Betroffenen größtenteils Deutsche, Polen und Ungarn.

Spielplan der Vereinigten Stadttheater, Lübeck.

Vom 26. bis 31. März 1912:

Neues Stadttheater. Dienstag, den 26. März: „Der Graf von Gleichen“, Schauspiel von W. Schmidtborn. Mittwoch, den 27. März: „Alt-Heidelberg“, Schauspiel von Meyer-Förster. Donnerstag, den 28. März: „Wägen-Genossenschafts-Fest“, Lustspiel von Mollere. „Der eingebildete Kranke“, Lustspiel von Moliere. Die Diensthofen“, Lustspiel von Benedix. Freitag, den 29. März: „Fidelio“, Große Oper von Beethoven. Sonnabend, den 30. März: „Die Zauberflöte“, Große Oper von W. A. Mozart. Sonntag, den 31. März: 3. Volksvorstellung. Jeder Platz 50 Pf. „Die Räuber“, Schauspiel von Schiller. Abends: „Tiefenland“, Musikdrama von d'Albert.

Donnerstag, den 4. April: Gastspiel Robert Hill. „John Gabriel Borkmann“, Schauspiel von G. Sullwan.

Stadthallen-Theater. Sonntag, den 31. März: „Glaube und Heimat“, Schauspiel von R. Schönherr.

Hamburger Butterpreise.

Hamburg, den 21. März.

1. Qualität	147—150 Mk.
2. „ „ „ „ „	188—148 „
Russisch-Sibirische I. Qualität, verzollt	189—142 „
do. II. do.	196—188 „

Briefkasten.

2 Streitende. Der Bliz schlug am 26. Januar 1900 nachm. in den Jakobskirchturm.

Literarisches.

Eingegangene Schriften und Bücher. „Arbeiter-Jugend“, Nr. 8.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stelling. Verleger: Th. Schwark. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.



MAGGI'S Suppen

sind die besten!

„Für den Magen ist nur das Beste gut genug!“

Zu vermieten ein Logis mit voller Beköstigung. Näheres Warenborstraße 7, II.

Zum 1. Juli eine kleine Zwei-Stuben-Wohnung und Küche mit Zubehör, passend für einzelne Leute, zu vermieten Briefstraße 7, I.

Zu vermieten eine Wohnung zum 1. April. Näheres Brolnstraße 60.

Gesucht zum 1. Juli eine Wohnung von 2-3 Zimmern im Pr. von 190-220 Mk., Holstenor-S. Off. u. W J an die Exp. d. Bl.

Ein Lagerraum ev. mit Wohnung sofort gesucht. Off. m. Preisangabe u. J F 61 an die Exped.

Hausdiener gesucht, der Eltern die Schule verläßt. Kost im Hause. Hack, Kottwischstr. 89.

Laufmädchen zum 15. April gesucht. Antonstraße 5, I.

Haus mit 3-4 abgesehl. 8-Zimmern Wohn. u. K. Gart., wo Kauf. frei wohnt, z. Kauf. od. P. m. Preis u. Anzahlung u. A G a. d. Exp. d. Bl.

Kleines Haus, Wakenhauer 54, enth. 5 Zimm. u. Zubeh., Hof, Stall zu verk. 4500 Mk. Ana. 1000 Mk.

Guterhalten. blauer Kinderwagen auf Gummi zu verkaufen. Dornstraße 40 c.

Billeg zu verk. e. blauer Chevot-Anzug, passend für Jüngling. Leichstr. 6, Gde Karpfenstr.

Ein guterh. Kinderwag., Fahrrad, u. ein franz. Kaninchenbudd, 1 Jahr alt, zu verk. Schlutup, Kirchstr. 12. Sonntag von 2-4 Uhr. Gesucht daselbst ein kleiner Kleiderhaken.

1 helles u. 1 schwarzes Sommer-Jackett und 1 schwarze Taille, pass. für Konfirmantin, zu verkaufen. Hüßstraße 126, Hinterhaus.

Sitz- u. Liegewagen, Sofa, 6 Mk., Regentisch, 6,50 Mk., und g. Sührer-zeug billig zu verkaufen. Schützenstraße 20, I.

Medizinischer Sonntagsdienst am 24. März von 1 Uhr an.

Dr. med. Josl, Königstr. 10.
Dr. med. Wax, Rakeburg, Allee 2a.
Dr. med. Gosch, Kadenburg, Allee 1.

1 Sitz- u. Liegewagen
1 Sportwagen

billig zu verk. Fleischhauerstr. 13.
Ein blauer Kinderwagen billig zu verkaufen. Kottwischstraße 59, II.

1 brauner Kinderwagen, 1 blauer Kastenwagen, 12 Mk., 1 Kostümjackett, Herren-Jackett, billig. Fischstr. 8, II.

Ein starker Kinderwagen, pass. zum Handel, billig zu verkaufen. Woxinstraße 4, II.

1 brauner Sitz- u. Liegewagen mit Gummireifen und Verdeck, Preis 8 Mk., zu verkaufen. Kottwischstraße 56, II. links.

Handnähmaschine zu verkaufen. Gartenstraße 46, II. rechts.

Ein Fahrrad zu verkaufen. Preis 30 Mk. Sittenstraße 8.

Ein Kleiderschrank und Kleider-speicher wegen Umzug billig zu verkaufen. Biedergrube 28/12.

Kolonialwarenreol preiswert zu verkaufen. Unterrade 46.

1 Bliz-Dängelampe, 1 Kommode, 1 schwarze Hufe und Weste zu verkaufen. 7. Querstraße 14.

Gutes starkes Fahrrad mit Torpedo, Preis 30 Mk. Hüßstraße 40, Hinterhaus II.

25 Fahrräder, 2 Motorräder, prima Marken, fehlerfrei zu verk. und preiswert. Fr. Laufer, Schuhmacher, Langer Lohberg 66.

Scheiden-Schiefsarre und Kommoden zu verkaufen. Bufenstraße 7a.

Ausgesuchte Pflanzkartoffeln zu verkaufen. Alshöhe 17.

Pflanz- und Speise-Kartoffeln

Magnum bonum, französische, gelbe lange und Rosenkartoffeln, sowie sämtliche Sämereien.

G. Heese, L. Jacobsen Nachf., Meierstr. 26. Tel. 1440.

Magnum bonum Pflanzkartoffeln und 1 Wassertonne zu verkaufen. Stöckelsdorf, Ahrensböckerstr. 108.

Eine leichte Scheidenschiefersarre zu verkaufen. Brandenburger Chaussee 8.

Ein Zugänger zu verkaufen. Annimstraße 44a, pt. I.

Kaninchen billig zu verkaufen. Chaiofstraße 20, pt.

Hühner zu verkaufen. Wachtstraße 85.

Wegen Aufgabe der Zucht 18 junge Legehühner zu verkaufen. H. Giese, Tremskamp 18.

Kartoffelland wird vermessen am Sonntag, dem 24. März, morgens 8 Uhr. Callies, Wesloe.

Kartoffelland wird vermessen am Sonntag, dem 24. März, morg. von 7 Uhr an, b. Ziegelwerk Bormert, Schwart. Allee. Quadratrute 70 Pfg.

Gebäude Reshöft. Morgen, 24. d., 10 Uhr 50 Ruten Acker a 35 Pfg. auf 9 Jahre zu verpachten. Friedenstraße 40, pt.

Visitkarten — H. Effenbeinkarton — 100 Stück von Mk. 1.— an Buchdruckerei d. Lüb. Volksh.

Kartoffeln. Magnum bonum, Zentner 4,25 Rosenkartoffeln 6.— Lange gelbe 8.—

A. Peters, Mittelstraße 17.

1 Fahr., leitenl. Fr., Räder. 65 Mk.
2 Fahrräder, Torpedofreil. a 28 Mk.
2 Fahrräder ohne Freilauf a 25 Mk., neue Räder sowie Ersatz. sehr billig.
Max Schultz, Wakenhauer 5.

Silb. Herren- u. Damen-Uhren preiswert. Aufarbeiten von Uhren und Schmucksachen.

Aug. Büttner, Uhrmacher. 32 Hüxstraße 32.

Getrag. silb. Rem.-Uhren v. 6-7 Mk. Uhrgläser, I. Qualität . . . 25 Mk. Uhrspieglein 35 Mk.

Zur Konfirmation empfehle Uhren, Ketten, Broschen usw., neu und getragen, in jeden Preislagen, bei günst. Zahlungsbedingungen. Alles Gold und Silber nehme ich in Gegenrechnung. Sämtl. Reparaturen gewissenhaft.

J. Fischbacher, Uhrmacher, Rosenstraße 12, kein Laden.

Schlutup, Eibederstr. 27. Empfehle mich zur Herstellung von Schuhmacherarbeiten.

Fritz Schulz, Schuhmachermeister. Mai- u. Schnabel-Erbsen, 1 Pfd. 60 Pfg., sowie sämtliche Sorten Sämereien, Obstbäume, Rosen, Rhododendron u. Spargelpflanzen und alle Sorten Frühjahrs-Blumen empfiehlt billigst

A. Hundt, Stockelsdorf Lokstraße 4.

Auch ist daselbst ein guterhaltener Federwagen als Milchwagen passend, zu verk.

Kartoffeln. Magnum bonum, Zentner 4,25 Rosenkartoffeln 6.— Lange gelbe 8.—

A. Peters, Mittelstraße 17.

Empfehle mich zur Anfertigung sämtlicher Schuhwaren nach Maß in prima Qualität, zu billigen Preisen. Reparaturen schnell und sauber.

Johannes Person, Schuhmacher. Schwartau, Eibederweg 7.

Garten- u. Feldsämereien empfiehlt

Schelm & Wege Nachf. Wilhelm Voilert,

Mengstrasse 10. Futterfall u. Gartendünger.

Bouillonwürfel Ia. Qualität 1000 Stk. an Händl. J. Sonnenberg & Co., Mainz.

Alle Sorten Weine und Spirituosen auch im Kleinverkauf u. Ausverkauf empfiehlt

J. Höppner, Beckergr. 66.

Brachtdalle Salongarnitur Mk. 165, Salonhocker 75, Tisch 18, eleg. Büschgarnitur 85, Vertikos reich geschm. 55, gr. Trumeaux 85, reich geschm. Portgarnit. mit Herrenst. 150, Schlafz. mit ff. u. Küche, Diwan, Stühle, verschiedenes.

Besichtigung Wahnstr. 83, p. r.

Passende Konfirmationsgeschenke empf. in reich. Auswahl billigst

Willi Westfaling Uhrmacher u. Juweller

32 Postenstraße 32

32 Postenstraße 32

Carl Folkers Möbelmagazin

25 Marlesgrube 25.

Vollst. Wohnungseinrichtungen.

Selbstgefertigte Arbeiten.

Größte Auswahl.

Billigste Preise.

Weitgehendste Garantie.

Zimmereinricht. stets vorrätig.

Lieferung frei Haus
auf eigenem Möbelwagen.

: Teilzahlung gestattet :
Bei Barzahlung Rabatt.

Gebe rote Lubeca - Rabattmarken.

Rasier-

Apparate, Bestecke, Messer,
Pinsel, Seife, Streichriemen.

Taschenmesser

und
Scheren!

Größte Auswahl bill. u. Garantie!

Messer & Waffen - Haus

Jesschau, LÜBECK
Breite Str. 27.

10.50 Mk. 12.50 Mk.



Rote Rabattmarken

oder 4 Prozent bar.

15.50 Mk. 18.00 Mk.

Alleinverkauf

F. Baurenfeind, Mühlen-
str. 34.

Gebrüder Barg

— 5 Kohlmarkt 5 —
empfehlen
Bettfedern und Daunen
in nur tadelloser Ware.
Groß-Lager in fertig genähten
Bett-Inletts
sodas das Füllen von Betten
stets gleich erfolgen kann.
Ferner sämtliche
Aussteuer-Artikel
in bekannt großer Auswahl.
Rabattmarken od. 4% in bar.



St. Lorenz erstes
und ältestes
Motor- und
Fahrradhaus.

Neue und alte Fahrräder
in großer Auswahl.
Eigene Emailier- u. Vernickelungs-
Anstalt. Größte Reparaturwerkst.

H. Benthien

Fackelburger Allee 53.
Fernruf 2058.

Ad. Hübner, Uhren- u. Goldwaren-
handlg. u. Reparatur-
werkstatt. Fünfhausen 15.

Alle Sorten Brennmaterialien

empfehlen zu billigsten Preisen
frei Haus

Hans Lübecke

Wickedestr. 33/5. Teleph. 2378.
Bei Lieferung ab meinem Lager
tritt eine Ermäßigung
sämtlicher Preise ein.

Spezialitäten

1. Firma Loh. Wiegels, Fischergrube 57
Bungescher Speiseessig,
Kons. Honigessig, la. Flom-
heringe, la. Anchovis,
la. weinsaurer Salzgurken,
la. Magdeburger Sauerkohl
la. Rohkops.

Sanella

die einzige mit Mandelmilch hergestellte
Pflanzen-Butter-Margarine.

Nur echt mit dem Namenszug des Geh. Medizinalrat Professor Dr. Oskar Liebreich.

Liebreich

Alleinige Produzenten: Sana-Gesellschaft m. b. H., Cleve,
welche die Möglichkeit, einen vollwertigen Butter-Ersatz nur aus Pflanzen-
fetten herzustellen, zuerst erkannt und seit 1904 verwirklicht hat.

In den einschlägigen Geschäften erhältlich!

Nachahmungen weisen man zurück!

Hermann Rist

Möbelgeschäft

13 Hundestr. 13.

Lieferung

sämtl. Wohnungs-Einrichtungen

Billigste Preise.

Kompl. Zimmer stets auf Lager.

Eig. Tischler- u. Tapezier-Werkstatt.

Auf Wunsch wird jedes Zimmer

nach Zeichnung angefertigt.

In bar 4% Rabatt. Teilzahl. gestattet.

Aelteste und billigste Bezugsquelle

Vorstadt St. Lorenz

empfehlen sich in großer Auswahl für

Konfirmanden-Stiefel

Damenstief. von 3 Mk., Herrenstief. von 5⁵⁰ Mk. an
in allen Preislagen bis zu den feinsten.

Schuhwarenhaus Hermann Bade,

Marienstraße 2.

Betten-Duve liefert bestens und billigst.
Gr. Burgstr. 32.

„Grabower Meibier“

aus der Brauerei von Christian Rose, Grabow i. Mecklenburg

empfehle ich als schnell wirkendes Kräftigungsmittel für nährnde

Mütter, Ammen, Kinder, Blutmarme,

Rekonvaleszenten und Schwache.

Ich liefere 12 Flaschen für Mk. 1.20 frei Haus.

Telephon 2445 Th. Lemcke, Friedenstraße 44.

Konzerthaus „Flora“.

Jeden
Sonntag: **Tanzkränzchen.**

Anfang 4 Uhr. Eintritt frei. Ende 2 Uhr.

Waisen-Hof. Sonntag: Tanz.

Eintritt frei. Gustav Gipp.

Oeffentliche

Kartell-

Versammlung

am Montag, dem 25. März

abends 8^{1/2} Uhr

im „Gewerkschaftshaus“

Johannisstr. 50-52.

Tages-Ordnung:

1. Jahresbericht vom Gewerkschafts-

kartell und Arbeitersekretariat.

2. Wahl der Kommissionen.

3. Eingänge.

Volksabliges Erscheinen der Dele-

gierten ist sehr erwünscht.

Die Kartellkommission.

Hansa-Halle

Morgen Sonntag, 24. März

Gr. Tanzkränzchen

J. Rieck.

Gasthof Genin.
Sonntag, den 24. März
Grobes Tanzkränzchen
Hierzu ladet freundlich ein
Gust. Behensee.

Wilhelm-Theater.
Jeden Sonntag von 5-1 Uhr:
Ballmusik.



Friedr. Franz-Halle

Jeden Sonntag:

Gr. Tanzkränzchen

Anfang 4 Uhr.

Endstation Krankenhaus.

Adlershorst.

Jeden
Sonntag: **Tanzkränzchen**

Zentral-Hallen

Jeden Sonntag:

Tanzkränzchen.

Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.

H. Pagel.

Konzerthaus Friedrichshof

Jeden
Sonntag: **Tanzkränzchen.**

Schönböcken
Zum Landhaus.

Antritts-Ball
verbunden mit Theater-Aufführung
und Gesangsvorträgen
am Sonntag, dem 24. März.
Anfang 7^{1/2} Uhr.
Eintritt eine Mark.
Hierzu ladet freundlich ein.
H. Pfensig.

„Weisser Engel“

Ratzeburger Allee 29.

Freies Tanzkränzchen.

Eintr. frei. Kein Garderobenzwang.

Konzerthaus

Zauberflöte.

Täglich Konzert.

Oesterreichische

Damen-Kapelle

„Maiglöckchen“

6 Damen, 2 Herren.

Eintritt frei.

Anfang 4 Uhr.

Ludwig Kock.

Dilettanten-Klub „Freiheit“

Großer theatralischer Abend

am Sonntag, dem 31. März

(Palmsonntag)

im Konzerthaus Flora.

Zur Aufführung gelangt:

1. Die Herren Verbrecher in 3 Akten.

2. Focher Michel sien Nachtmittag

in 1 Akt.

Stoffenöffnung 6 Uhr. Anfang 7 Uhr.

Karten im Vorverkauf 30 Pfg.,

an der Kasse 40 Pfg., Kinder und

Konfirmanden 15 Pfg. Programm

frei. Karten sind zu haben im

Konzerthaus Flora, Bartelmann,

Högstr. 71, Lexau, Böttcherstr. 18

und bei sämtlichen Mitaltebern.

Kalnbergs

UNIVERSUM.

Sonntag Beginn 7 Uhr.

Auf allen Plätzen

40 Pfg.

Frühes Kommen sichert

guten Platz!!

Dienstag:

I. Familien-Abend

verbunden mit

Orchester-Konzert.

Hansa-Theater.

Dir.: H. Gollbach.

Tel. 610. Tel. 610.

Ab Sonnabend, den 18. März,

täglich abends 8^{1/2} Uhr:

Erstklassige

Spezialitäten.

u. a.:

Fongleure, Dresseure,

Akrobaten, Regenmeister,

Balletts, Soubrette.

Sonntag, den 17., 24. und

31. d. M.: Große Fremden-

und Familien-Vorstellung

bei kleinen Preisen.

Auftreten sämtl. Künstler.

Vorverkauf bei Sager, Rohlm.,

und Niemeyer, Breite Straße.

Neues Stadttheater.

Sonntag, 24. März. Nachm. 3 Uhr.

7. Volks-Vorst. Jeder Platz 50 Pfg.

Robert und Bertram

oder: Die lustigen Vagabunden.

Gesangs-Posse von G. Raber.

Hierzu: Ballett-Einlagen.

Vorverkauf der Billets für diese

Volksvorst. Freitag u. Sonnabend

je 8-9 Uhr an der Theaterkasse.

Alle Plätze werden ausgelost.

Sonntag, 24. März. 6^{1/2} Uhr.

Volks-Ab. 160. Große Preise.

Die Meistersinger v. Nürnberg

Oper von Richard Wagner.

Montag, 25. März. 7^{1/2} Uhr.

Letztes Gastspiel der Sopranen-

sängerin Frieda Schreiber.

Boccaccio.

Komische Oper von Suppee.

Stadthallentheater.

Sonntag, 24. März. 7^{1/2} Uhr

Sodoms Ende.

Schauspiel von Sudermann.

Vorverkauf täglich in den bekannten

Stellen bei Nagel, Markt 14, und

Rod, Kohlmarkt 15.

Verein für Feuerbestattung

Lübeck.

Haupt-Versammlung

am Mittwoch, 27. März 1912,

abends 8^{1/2} Uhr,

in der Bauhütte.

Tages-Ordnung:

1. Jahresbericht und Rechnungs-

ablage.

2. Bericht der Rechnungsprüfer.

3. Entlastung des Vorstandes

für die Geschäftsführung

in 1911.

4. Wahl von 3 Vorstands-

mitgliedern für tagungs-

gemäß ausscheidende drei

Herren.

5. Bestellungen von 2 Rechnungs-

prüfern.

6. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Anmeldungen für den Eintritt

in den Verein - Beitrag jährlich

1 Mk., ohne Zeitschrift - nimmt

entgeg. Herr G. Buck, Königstr. 100

Achtung!

Kohlenarbeiter!

Sektions - Versammlung

am Montag, dem 25. März

abends 8^{1/2} Uhr

im „Gewerkschaftshaus“

Johannisstraße 50-52.

Tages-Ordnung:

Innere Verbandsangelegenheiten.

Der Vorstand.

Gewerkschaftshaus

Lübeck, Johannisstraße 50-52

H. gepflegte Biere.

Kalte und warme Speisen zu jeder

Tageszeit.

H. Mittagstisch H. von 12-2 Uhr,

65 Pfg.

Arbeiter-
Turn-
Berein
Lübeck.

Turngang
am Sonntag, dem 24. März
nach Schlutup.
Abmarsch 2 Uhr von Vereinslokal
Dunststraße 41.
Der Turnwart.